

# Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
 Abonnementspreis pro Quartal 1 M.  
 Postzeitungsliste Nr. 1944 n.  
 Eigenpreis die Spaltenne Petit-  
 zeile 4 Pf.  
 Telefon Nr. 535

Schriftleitung:  
 Duisburg, Seitenstraße 19.  
 Schluß der Redaktion: Dienstag  
 mittag 12 Uhr.  
 Zuschriften, Abonnementsbestellungen  
 u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-  
 straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

### An die Vorstände der Ortsgruppen.

Die Zählkarten der Arbeitslosenstatistik des Kaiserlich Statistischen Amtes, sind am Sonntag, den 1. April überall auszufertigen, auch Mitgliederzahl ist anzugeben und sofort an die Zentralgeschäftsstelle Duisburg, Seitenstr. 19, einzulenden. Auch diejenigen Ortsgruppen, welche keine Arbeitslosen oder wandernde Kollegen zu verzeichnen haben, müssen die Zählkarten mit Angabe der Mitgliederzahl ebensogut am 1. April zurücklenden.

Der Vorstand.

S. v.

Wieber, Vorsitzender.

### Zum Hundertjährigen Bestehen der Gewerbegerichte.

Das unter allen sozialpolitischen Einrichtungen von den Arbeitern am höchsten bewertete Gewerbegericht konnte am 18. März auf das erste hundert Jahre seines Bestehens zurückblicken. Wie so viele soziale Neuerungen, hatte auch das Gewerbegericht in Frankreich seine Entstehung.

Die Monatschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ enthält aus der Feder Marcel Bevoe einen interessanten geschichtlichen Rückblick, in welchem die Entstehung und Aufgaben der ersten Gewerbegerichte in Lyon geschildert wird, es heißt dort:

Am 18. März werden es 100 Jahre, seitdem das erste Gewerbegericht begründet wurde: das conseil des prud'hommes für das Seidengewerbe zu Lyon, welches Napoleon I. durch Gesetz vom 18. März 1806 ins Leben rief. Von hier aus hat die Einrichtung sich über das übrige Frankreich, sodann über die deutschen Rheinlande, Belgien, die Schweiz und Oesterreich verbreitet, ist in Deutschland mehr als in irgend einem anderen Lande durch Reichsgesetz verallgemeinert und nach seinem Muster auch in Italien eingeführt worden.

Wenn die Institution in der Gestalt, in der sie von Napoleon geschaffen wurde, neu war, so war der Name (prud'hommes, ist kluge, d. h. sachverständige, insbesondere gewerbeverständige Männer im Gegensatz zu Beamten) dem französischen Sprachgebrauche seit langer Zeit geläufig. Er kommt bereits gegen Ende des 13. Jahrhunderts vor, wo im Jahre 1296 unter der Herrschaft Philipps des Schönen ein Beschluß des Pariser Stadtrates 24 prud'hommes einsetzte, die dem Stadtvogt und den Schöffen bei der Aburteilung von Markt- und Meßstreitigkeiten zwischen Kaufleuten und Produzenten zur Seite stehen sollten. In Lyon selbst war die Stadtgemeinde unter Ludwig XI. im Jahre 1464 ermächtigt worden, für dieselben Streitigkeiten einen prud'homme einzusetzen. Endlich gab es in mehreren Seestädten, insbesondere in Marseille, seit unvordenklichen Zeiten prud'hommes pecheurs (Fischereigeschworene) zur Aburteilung von Straffällen in Sachen der Seefischereipolizei und von Streitigkeiten unter den Seefischern in Angelegenheiten ihres Gewerbes. Schon diese Einrichtung zeigte im Verlaufe zu den vordenklichen Gerichten der Zeit die Vorzüge sachkundiger, schneller und billiger Justiz. Alljährlich nach Weihnachten versammelten sich die Fischer im Saale der Fischereigemeinde in Ge-

genwart des Statthalters und des Procurators von der Admiralität und erwählten vier aus ihrer Mitte, die nach Ableistung des Eidereides ihre obersten Richter, in allen Sachen der Fischereipolizei sein sollten. Ihr Verfahren war eigenartig und summarisch. Hatte ein Fischer gegen einen anderen eine Klage wegen Verstoßes gegen die Fischereipolizei oder wegen eines Bußanspruches aus Anlaß des Fischereigesetzes, so begab er sich zu dem Ältesten der Fischereigemeinde, legte zwei Sous in eine zu diesem Zwecke bereitgehaltene Büchse und verlangte, daß man die und die Person laden solle. Am nächsten Sonntag (denn nur Sonntags tagten die prud'hommes) stellte sich der Beklagte. Bevor er zum Warte zugelassen wurde, mußte auch er zwei Sous in die Büchse tun. Das waren die einzigen Prozeßkosten. Die Richter verhörten beide Teile und sprachen sofort ihr Urteil. — Gerichtsbarkeiten wie diese trugen allerdings einen Ausnahmeharakter. In der Regel wurden im alten Frankreich Gewerbe-streitigkeiten durch die Innungen entschieden. Lyon hatte wegen der alles überragenden Bedeutung seines Seidengewerbes an der Einsetzung einer Spezial-Gewerbegerichtsbarkeit ein besonderes Interesse und hatte daher außer dem schon erwähnten prud'homme noch ein „Gemeine-Gericht“ (tribunal commun) erhalten, das ausschließlich aus Seidenfabrikanten zusammengesetzt und für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in ihrem Gewerbe zuständig war.

Ohne auf die wertvollen Vorzüge zu achten, welche eine derartige Neugestaltung gewährte, ließ sich die Revolution lediglich durch die Mißbräuche, — die allerdings unzweifelhaft mit ihr verbunden waren und den größten Teil der öffentlichen Meinung gegen sie aufbrachten —, bestimmen und schaffte durch Gesetz vom 2. März 1791 alle Gewerbecorporationen, Meisterschaften und Innungen mit einem Federstriche ab. Infolge dieses radikalen Vorgehens zeigte sich alsbald eine Lücke, und schon durch Gesetz vom 21. Germinal XI. (April 1803) sah der Gesetzgeber sich genötigt, wenigstens für die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eine Sondergerichtsbarkeit einzusetzen. Nach diesem Gesetze sollten Streitigkeiten kleineren Umfanges zwischen Arbeitern und Lehrlingen einerseits, Fabrikanten, Manufakturisten und Handwerksmeistern andererseits, in Paris vor den Polizeipräfekten, in anderen Orten vor den General-Polizeikommissar (wo es einen solchen gab), oder vor den Maire und dessen Beigeordneten gebracht werden.

Aber diese Rechtsprechung in den Händen gewerbaufkundiger Personen konnte die erwartete Wirkung nicht hervorbringen. Als Napoleon im Jahre 1805 sich in Lyon aufhielt, richtete die Stadt an ihn die ausdrückliche Bitte, ihr das Gemeine-Gericht, das durch das Gesetz von 1791 abgeschafft war, wiederzugeben oder eine ähnliche Einrichtung zu schaffen. Napoleon sagte dies zu, beugnete sich aber einstweilen mit einem Reglement, welches einige untergeordnete Fragen regelte. Erst unter dem 18. März 1806 erschien ein Gesetz, welches ein conseil des prud'hommes in Lyon ins Leben rief. Man nimmt an, daß die Arbeitgeber es am liebsten gesehen hätten, wenn man die alte Zusammensetzung des Gemeine-Gerichts — lediglich aus Unternehmern — erneuert hätte. Napoleon tat dies nicht, sondern ordnete an, daß neben fünf Unternehmern (negociants fabricants) zur Vertretung der Angestellten vier Zwischenmeister gewählt werden sollten. \*) Die

Unternehmer verloren ihr Wahlrecht, wenn sie ihr Gewerbe sechs Jahre hindurch nicht ausübten oder in Konkurs gerieten. Die Zwischenmeister sollten lesen und schreiben können und seit sechs Jahren im Gewerbe sein. Das Gericht sollte jährlich zu ein Drittel erneuert werden. — Aufgabe des Gerichts sollte es sein, „kleine Streitigkeiten, wie sie täglich zwischen Fabrikanten und ihren Arbeitern, zwischen Zwischenmeistern und ihren Gesellen oder Lehrlingen vorkommen, im Wege der Güte zu schlichten. Es ist gleicherweise ermächtigt, in Sachen bis zu 60 Franks unter Ausschluß von Bußgeldstrafen, Prozeßkosten und Berufung Zwistigkeiten, in denen der Sühneverfuch erfolglos ist, zu entscheiden.“ Wenn in Streitigkeiten über mehr als 60 Franks der Sühneverfuch erfolglos war, so konnte der Kläger die Sache vor das Handelstribunal bringen. — Das conseil des prud'hommes sollte mindestens wöchentlich einmal, eine Spruchsstzung halten; aber die Vergleichskammer, die aus einem Unternehmer und einem Zwischenmeister-Mitglied bestand, trat täglich zusammen, um die streitenden Teile anzuhören und einen Sühneverfuch zu machen.

Die Befugnisse also, die das Gesetz von 1806 dem conseil des prud'hommes in Lyon beilegte, bestanden hauptsächlich in einer Sühnethätigkeit, und nur in Streitigkeiten um geringe Objekte war ihm einschneidende Gewalt gegeben. Andererseits aber gab das Gesetz derselben Behörde noch eine fernere, außerhalb seiner gesetzlichen Tätigkeit liegende Überwachungs-aufgabe, indem es sie damit beauftragte, Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze und Reglements über das Seidengewerbe festzustellen und die Protokolle darüber dem zuständigen Gerichtshofe einzulenden. Ferner wurden sie für zuständig erklärt, Maßnahmen zum Schutze des Eigentums an Geschmacksmarken zu treffen und eine gewisse Aufsicht über die Reglements betreffend Abrechnungen der Unternehmer mit ihren Zwischenmeistern zu üben.

Trotz aller Änderungen in den Erfolgen und in der Zusammensetzung der CG. \*) entsprechen dieselben in der Gestalt, wie sie heute in allen Teilen Frankreichs vertreten sind, noch immer den wesentlichen Grundzügen, die der Schöpfung von Lyon zugrunde liegen: Erwählung der Richter aus der Mitte ihrer Berufsgruppen und durch dieselben; persönliches Erscheinen der Parteien als Regel; schnelle und wenig kostspielige Entscheidung.

Ganz besonders bemerkenswert ist, daß eine Maßregel, die in ihrem Ursprunge dazu bestimmt war, Ausnahmemaßregel zu sein (im Artikel 1 des

1810, hat dieser Anordnung des Gesetzes eine weit-herzige Auslegung gegeben. Seit damals konnten conseils des prud'hommes unter ihre Mitglieder zählen: Unternehmer, Zwischenmeister (chef d'atelier), Werkführer (contre-maitres), Färber und patentierte Arbeiter. Die Zahl der Mitglieder konnte größer oder geringer sein, „aber in keinem Falle sollten die Zwischenmeister, die Werkführer, die Färber und die Arbeiter zusammen an Zahl den Unternehmern gleich sein, diese vielmehr stets im Gerichte ein Mitglied mehr haben als Zwischenmeister, Werkführer, Färber und Arbeiter zusammenkommen.“

\*) Die wichtigsten Gesetze ergingen in den Jahren 1848, 1853, 1864, 1880, 1881, 1883, 1884, 1905 und betrafen hauptsächlich die allmähliche Durchführung der vollen Gleichberechtigung der Arbeiter, welche in dem Muttergesetze von 1806 nur durch ihre höchsten Klassen, und auch hier nur in der Minderheit vertreten waren.

\*) Ein Dekret von 1809, modifiziert durch einen Beschluß des Staatsrats vom 20. Februar

Wesens wird lediglich die Stadt Lyon erwähnt) nach und nach in solchem Umfang verbreitet hat, wie es die GG. in Frankreich getan haben. Bemerkenswert hauptsächlich deswegen, weil es sich um die Erneuerung einer alten, Einrichtung in jener Epoche handelte, die bereit war, mit radikalen Maßregeln größter Tragweite das Alte zu ändern und umzusetzen. In diesem Geiste der damaligen Zeit bezeichnet das Gesetz von 1806 eine Ausnahme, deren segensreiche Wirkungen sich noch bis zum heutigen Tage bemerkbar machen. Die Vorteile und die praktischen Erfolge des GG. von Lyon waren so bedeutend, daß eine große Zahl von Städten sich die gleiche Einrichtung zugänglich machen wollte. Dank einem Artikel am Schluß des Gesetzes war es möglich, ihrem Wunsche zu entsprechen. Dann nach dieser Schlussbestimmung konnten im Verwaltungswege auf Grund eines Staatsratsbeschlusses in Fabrikkstädten, in denen die Regierung es für angemessen hielt, weitere GG. errichtet werden. Hierauf beruhte die nach und nach erfolgende Einrichtung von GG. in allen Teilen Frankreichs.

Heute hat die Erfahrung eines Jahrhunderts und die Nachahmung der Einrichtung in einer großen Reihe ausländischer Staaten bewiesen, ein wie glücklicher Gedanke dem Versuch von 1806 zugrunde lag. Wo GG. bestehen, sei es innerhalb, sei es außerhalb Frankreichs, beruhen ihre Erfolge noch weit mehr auf den guten Diensten, die sie leisten, als auf dem Zwang, den ihnen die Gesetzgebung zur Verfügung stellt.

### Der Kampf gegen das Koalitionsrecht im Saarrevier,

ist in letzter Zeit wieder in erneuter Heftigkeit entbrannt, besonders ist die Burbacher Hütte, welche mit brutalen Maßregelungen vorgeht. Der Kuser im Streite aber ist ein Herr Dr. Tille.

Derselbe schreibt in seiner südwestdeutschen Wirtschaftskorrespondenz:

„Der Vorwurf der Sozialdemokratie in's Stammbuch. Die Vorwurf der Sozialdemokratie, die christlichen Gewerkschaften, suchen sich zum Beweise dafür, daß sie die Arbeiter nicht zu ihrem eigenen Nachteil verhehlen, auf ein paar höfliche Worte zu berufen, die Fürst Bülow und Graf Posadowsky über sie gesprochen haben sollen und entstellen diese zu der Behauptung, beide hätten sie empfohlen. Das ist natürlich unwahr. Unter diesen Umständen aber ist es vielleicht nicht unangebracht, daran zu erinnern, wie der Kaiser über die christlichen Gewerkschaften denkt. Schon lange, ehe dieselben sich im Saargebiet unter ultramontanen Schutz begeben hatten, im Jahre 1896, hat sich der Kaiser über sie deutlich ausgesprochen, indem er zum Freiherrn von Stumm sagte: „Jeder Geistliche, der Politik treibt, ist mir ein Gräuel, und ich glaube, daß es im Himmel ebenso ist.“ An Dinspeter aber richtete der Kaiser am 28. Februar 1896 ein Telegramm, in dem es heißt: „Politische Pastoren sind ein Übel. Wer Christ ist, ist auch sozial; christlich-sozial ist Unfug und führt zu Selbstüberhebung und Unbuddsamkeit, beides dem Christentum schnurstracks zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinde kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht.“ In der gleichen Zeit bezeichnete der Kaiser, als er das Telegramm dem Freiherrn v. Stumm zur Veröffentlichung übergab, die christlich-soziale Agitation als ebenso schädlich, ja als noch schädlicher als die sozialdemokratische und ermächtigte den Freiherrn v. Stumme, öffentlich von seiner Beurteilung des sogenannten christlichen Sozialismus Gebrauch zu machen. — Bekanntlich ist die Handarbeiterchaft des Saargebietes bis in die Knochen national und ist es auch geblieben, wie oft schon bezahlte auswärtige Agitatoren versucht haben, sie aufzuwiegen. Es ist bezeichnend für die christlichen Gewerkschaften, daß sie sich in Rücksicht darauf im Saargebiet ein nationales Mäntelchen umhängen, das sie andernwärts nicht kennen. Sie nennen sich hier im Gegensatz zu ihrer eigenen Bezeichnung auf ihren Satzungen, wo sich nur die Worte christliche Gewerkschaften und christlich-soziale Gewerkschaften finden, „christlich-nationale Gewerkschaften“, ein echte Falschmünzerei, die freilich, für den Kundigen un schwer zu erkennen ist.“

Auch Herr Dr. Tille dürfte wissen, daß die sogenannten „politischen Pastoren“ und die christlichen Gewerkschaften nicht eins und dasselbe sind. Herr Tille macht es sich aber leicht. Die angeblichen Äußerungen des Kaisers überträgt er ohne weiteres auf die christlichen Gewerkschaften.

Ist Herr Tille nichts bekannt von dem Telegramm des deutschen Kaisers, welches derselbe an den Frankfurter christlichen Arbeiterkongress gesandt hat? Die Saarpöste schreibt zu dem Nachwort des Herrn Tille, daß mehr Unfug auf so kleinem Raum nicht zusammengetragen werden konnte, als Herr Tille es getan und fährt dann fort:

Die geistlose Polemik des Herrn Dr. Tille ist eine empörende Beleidigung für jeden zeitungslesenden Menschen. Als Fürst Bülow und Graf Posadowsky „sollen gesprochen haben“ und zwar nur „ein paar höfliche Worte.“ Nein, die beiden Männer haben tatsächlich gesprochen, öffentlich im Parlament und alle Welt hat es gelesen, mit Ausnahme vielleicht des Herrn Dr. Tille, der so „etwas“ natürlich nicht liest. Und zwar haben sie nicht nur ein paar höfliche Worte gesprochen, sondern sie haben die christlichen Gewerkschaften tatsächlich ermuntert und empfohlen. Derselbe Reichskanzler Fürst Bülow, der schon mehrfach mit Arbeitern verhandelt hat, was die Scharfmacher vom Schlage des Herrn Dr. Tille ablehnen, hat der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck verliehen, die christlichen Gewerkschaften möchten sich gedeihlich entfalten, im Gegensatz zu denen, die, den Gedankengängen eines Dr. Tille folgend, den Arbeiter auf die Straße werfen aus dem einzigen Grunde, weil er sich in diesem von den höchsten Reichsbeamten empfohlenen Gewerkschaften organisiert. Und wenn die beiden Männer nur ein paar höfliche Worte gesprochen hätten, so wäre das schon eine Empfehlung. Herr Dr. Tille spricht freilich keine höflichen Worte, er verdächtigt die christlichen Gewerkschaftler als Sozialdemokraten, er stellt sich offenkundigen Tatsachen gegenüber, als könnte er sie nicht, oder er kennt sie wirklich nicht und glaubt deshalb behaupten zu dürfen, sie existierten auch nicht. Was haben denn die privaten Äußerungen des Kaisers über die „politizierenden Pastoren“ und die Stöcker'sche Richtung, Äußerungen, die auch an und für sich nicht haltbar sind, mit den christlichen Gewerkschaften zu tun? Diese Äußerungen sind überdies zehn Jahre alt, und der Kaiser dürfte heute kaum mehr daran festhalten. Wenn wir so weit zurückgreifen wollten, würden wir an den Empfang der „Kaiserdelegierten“ erinnern. Im übrigen beweisen die bekannten Februarerlasse des Kaisers, daß er sozialpolitisch und arbeiterfreundlich gesinnt ist, was man von Herrn Dr. Tille nicht sagen kann. Die Worte des Fürsten Bülow und des Grafen Posadowsky endlich stammen aus der allerjüngsten Zeit. Diese Dinge sind für uns maßgebend. Wenn Herr Dr. Tille von bezahlten Agitatoren redet, so wird das die Agitatoren kalt lassen. Bezahlt wird der eine für diese, der andere für andere Arbeit. Auch Herr Tille arbeitet nicht umsonst. Der Umstand, daß er von dem nationalen Mäntelchen redet, das die christlichen Gewerkschaften andernwärts angeblich nicht kennen, beweist, daß er keine Ahnung hat von den Entstehungsgründen und der Praxis der christlichen Gewerkschaften. Christlich nennen sie sich bekanntlich im Gegensatz zur Sozialdemokratie. Dabei wird vorausgesetzt daß in das Christliche das Nationale miteingeflossen ist. Diese Voraussetzung ist ebenso wenig ein Fehler, wie wenn gelegentlich das Wörtchen national noch hinzugesetzt wird, was nebenbei bemerkt „andernwärts“ ganz genau so geschieht, wie hier. Wenn Herr Dr. Tille das nicht weiß, so beweist das einfach gar nichts, jedenfalls aber beweist es nicht, daß man Leuten gegenüber, die man so wenig kennt, den Vorwurf der Falschmünzerei erheben darf, den der „Kundige“ als eine Lächerlichkeit empfindet. Mit solchen Mitteln kämpft man nicht für eine gute Sache, sondern für eine verlorene. Und der Posten des Herrn Dr. Tille ist ein verlorener Posten. Und wenn er noch größeres Geschick anführt, er wird die Gewerkschaften auf ihrer Bahn nicht aufhalten können. Die „Handarbeiter“, die er als national lobt, sind allerdings national, aber sie halten doch nicht zu ihm, sondern zu ihren auswärtigen und einheimischen „Agitatoren.“

Ein Transskript der Hütte enthält neben einer Kette von Unrichtigkeiten lediglich Drohungen gegenüber den christlichen Gewerkschaften. Zum Schluß erinnert Herr Weisdorf an das „große Wohlwollen“ das die Hütte gegen die Belegschaft zeige. Auf Einzelheiten gehen wir heute nicht ein, bemerken möchten wir aber, daß die Arbeiterschaft das „Wohlwollen“ der Hütte jetzt erfahren hat. Der ersten Auflage gemäßigter Hüttenarbeiter ist bald eine zweite gefolgt. Gestern wurden wieder drei christlich organisierte Metallarbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit gekündigt. Der Parität halber hat die Hütte diesmal auch noch ein Mitglied des sozialdemokratischen (deutschen) Metallarbeiter-

verbandes auf das Straßenpflaster befördert. Ist das vielleicht „Wohlwollen“, Herr Generaldirektor, wenn man den Arbeitern das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht verkürzt oder existieren die Reichsgesetze für die Direktion der Burbacher Hütte nicht? Ein Kollege, der schon ein Jahrzehnt in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung steht, tapfer innerhalb der evangelischen Arbeiter-Bereinsbewegung wie auch in der christlichen gewerkschaftlichen Bewegung mitgearbeitet hat, wurde zum Betriebsleiter gerufen. Dieser hielt ihm etwa folgende, gewiß mindestens sehr bezeichnende Standrede: „Was ich hier mit Ihnen bespreche, dazu stehen hier zwei Zeugen. Sagen Sie mal, Sie haben agitiert in der Hütte und sind einer „gewissen Gewerkschaft oder so was ähnlichem beigetreten“, also ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie gekündigt sind. Diese Kündigung nehme ich morgen früh zurück, wenn Sie mir den schriftlichen und gestempelten Austritt aus der Gewerkschaft bringen. Der Herr Betriebschef scheint nicht zu wissen, daß er sich durch solche Versuche einer strafbaren Handlung schuldig macht. — Ein anderer Kollege wurde von seiner Arbeit weg verlegt, damit dem „gewerkschaftlichen Uebel“ in der Abteilung gesteuert werde. Zum Schluß soll auch der Humor zu seinem Recht kommen. Meister B. hielt nämlich am Samstag an seine Arbeiter eine von lauter Herzensinnigkeit zeugende Rede, die mit den Worten begann: „Arbeiter, Ihr wißt, daß Sozialdemokraten im Dorfe sind, die haben morgen Versammlung — ich warne Euch, geht nicht hin.“ usw. usw.

Die Arbeiterschaft der Burbacher Hütte ist er wacht, sie macht von ihrem gesetzmäßigen Rechte der Koalition Gebrauch.

In Scharen hinein jetzt, ihr Hüttenarbeiter, in den christlichen Metallarbeiter-Verband!

### Aus dem Königreich Stumm.

Es ertönt in den Ohren selbständig denkender organisierter Arbeiter keinen guten Klang das sogenannte „Königreich Stumm“. Es erinnert an feudale Industrieherrschaftlichkeit des Unternehmers und hündische, sklavensartige Untertänigkeit des Arbeitnehmers, wie es sonst nirgendwo im deutschen Vaterlande zu verzeichnen war. Wo dem Arbeiter vorgeschrieben, welche Zeitung er lesen und ob und wann er heiraten durfte, mit anderen Worten im „Königreich Stumm“ trat ein Despotismus zu Tage, wie er selbst in Rußland nicht ausgeübt werden konnte. Heute noch leiden die Arbeiter im Saargebiet unter der Herrschaft dieses Königreichs.

Das Haus Stumm konnte am 22. März auf ein Jubiläum zurückblicken. An diesem Tage waren hundert Jahre verflossen, seit die Firma Gebrüder Stumm das Neunkircher Eisenwerk erwarb. In wenigen Jahren wird das Haus Stumm ein noch größeres Jubiläum feiern können: im Mai 1916 werden es zweihundert Jahre, daß der erste Stumm'sche Eisenhammer errichtet wurde. Aus Anlaß des jetzigen Jubiläums hat die Firma eine Broschüre herausgegeben: „Hundert Jahre Neunkircher Eisenwerk“ (Saarbrücken, Gebr. Hoyer, 96 S.). Darin wird die Geschichte dieses Eisenwerks sehr anschaulich geschildert. Man kann da an einem typischen Beispiele die moderne Entwicklung vom Kleinbetrieb zum Massenbetrieb studieren, und wenn auch dabei die Verhältnisse viel mitgewirkt haben, so erstreckt man doch auch, daß nur Männer von großer technischer und kommerzieller Tüchtigkeit ein Werk so in die Höhe bringen konnten. In der Schrift wird besonders das Verdienst des vor einigen Jahren verstorbenen „Königs“ Stumm hervorgehoben. Dann heißt es:

Im Verlauf eines Jahrhunderts hatten vier Generationen des Hauses Stumm an der Entwicklung des Neunkircher Eisenwerkes gearbeitet. Aus einem Werke, das mit ein paar hundert Arbeitern schuf, hatte es sich in dieser Zeit zu einem Riesenbetrieb ausgestaltet, durch den mit Einschluß seiner Nebenbetriebe sechsundzwanzigtausend Menschen Brot fanden. Gewiß hatten die Verwendung des Hoß zur Eisenverhüttung und das Thomasverfahren die beiden technischen Voraussetzungen gebildet, welche allein diese Riesenentwicklung möglich gemacht hatten. Aber ohne die unermüdete Tatkraft der Männer des Hauses Stumm wäre das Neunkircher Eisenwerk vermutlich bereits in der Zeit, in welcher die heimischen Erze versiegten, zum Erliegen gekommen. Ohne die machtvolle Persönlichkeit des Freiherrn Karl Ferdinand von Stumm wäre Neunkirchen niemals die Stätte geworden, auf die die deutsche Welt mehr als einmal bewundernd schaut. (?) Die Männer des

des Hauses Stumm haben für Neunkirchen und seine engere und weitere Umgebung das Größte geleistet, was Männer für ihr Volk überhaupt zu leisten vermögen.

Hierzu meint die Frankfurter Zeitung:

„Man hat sicherlich Unrecht, diesem Urteile beizustimmen, sofern man es ausschließlich auf das Unternehmen selbst bezieht. Aber gerade in der Zeit, die in der vorliegenden Schrift geschildert wird, sind Fragen ideeller Natur aufgetaucht, denen sehr viele der Männer, die als Techniker und Kaufleute in erster Reihe standen und stehen, wenig Verständnis oder gar. feins entgegenbrachten; und dazu gehörte auch „König“ Stumm. Es kamen all die Fragen, die man als Emancipation des vierten Standes bezeichnet hat. Dabei handelt es sich keineswegs bloß um materielle Dinge, wie besseren Lohn, Altersversorgung und dgl. In der Hinsicht hat auch Freiherr v. Stumm sich nicht spotten lassen. Aber alles, was den Arbeiter wirklich erst zum Menschen macht — freie individuelle und politische Betätigung, Organisation — das verabscheute Freiherr von Stumm und wußte es so gut zu unterdrücken, daß sein System sprichwörtlich geworden ist. Das ist eine große Schuld, die den großen technischen Verdiensten der Firma gegenübersteht. Möge sie diese Schuld vor Eintritt des nächsten, größeren Jubiläums tilgen!“

Auch wir können uns diesem Urteile vollständig anschließen. Gewiß verdienen Männer, die auf wirtschaftlichem Gebiete Großes schaffen und geschaffen haben, wie ein Krupp, Stumm u., die unserer Industrie ein Weltreichtum errufen haben, welche dieselbe zur Blüte gebracht, daß sie den Weltkampf auf dem Weltmarkt bestanden und dadurch Millionen Menschen Arbeitsgelegenheit schufen, den Dank der Nation. Aber nur dann, wenn sie dieses nicht aus egoistischem Selbstzweck, sondern zum Nutzen des Gemeinwohls tun.

Dieses ist aber nur dann der Fall, wenn die Millionen Arbeiter, welche auch ihre Kraft und Intelligenz zum Gelingen des Werkes eingesetzt, nicht betrachtet werden als willenlose Werkzeuge, sondern als freie, individuelle Persönlichkeiten, denen nicht bloß Wohlthaten, sondern Menschenrechte zustehen. In diesem Punkte hat Stumm, wie fast alle große Industrielle sich schwer veründigt an der Freiheit und Menschenwürde des Arbeiterstandes. Dadurch aber wird der Glanz ihres Andenkens verdunkelt.

## 29 1/2 Prozent Dividenden

Kunnte der Aachener Hüttenaktienverein Rote Erde seinen schwer arbeitenden Aktionären wieder ausschütten. Nachdem vorher 2 Millionen 150 000 Mk. Abschreibungen stattgefunden hatten, blieben drei Millionen 854 000 Mark als Dividende übrig. Man ersieht hieraus, daß die Abschreibungen sehr reichlich ausgefallen und trotzdem noch ein netter Stüber Geld zum Verteilen übrig blieb. Es wäre noch besser ausgefallen, wenn der Bergarbeiterfreist nicht stattgefunden hätte; darüber berichtet der Vorstand:

„Der Streik der Kohlenarbeiter im Anfang des Jahres hat nicht nur indirekt durch unsere Interessengemeinschaft mit den Kohlenproduzierenden Werken, der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft und der Aktiengesellschaft Schalker Gruben- und Hüttenverein das Ergebnis der Geschäftstätigkeit ungünstig beeinflusst.“

Ohne den Streik wären demnach noch etwas höhere Dividenden herausgeschlagen worden.

Es werden dann eine Menge Verbesserungen aufgezählt, die auf den einzelnen Werken wie Rote Erde, Esch, Deutsch-Elf, usw. eingerichtet wurden, wodurch die Leistungsfähigkeit erhöht worden sei. Die uns nur insoweit interessieren, als sie uns zeigen, daß bereits an Duzend Orten Schwestergesellschaften genannten Werkes sich befinden.

Unsere Kollegen werden gut tun, auch diesen Orten einige Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Bericht fährt dann fort:

„Die im letzten Viertel des Jahres 1904 begonnene lebhafteste Nachfrage nach den Erzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie hat während des ganzen Jahres 1905 angehalten, jedoch der Stahlwerksverband nicht nur seinen Werken ihre vollen natürlichen Anteile zuweisen, sondern wiederholt Erhöhungen derselben vornehmen und seine Preise in einzelnen Erzeugnissen mäßig erhöhen konnte. Wenn die vom Stahlwerksverband den Werken vergüteten Aufschläge auf die Einkaufs-, sogenannten Zellenpreise nicht den daran gemüßten Hoffnungen entsprechen haben, so liegt der Grund darin, daß der

Verband fast im ganzen ersten Jahre seiner Tätigkeit genötigt war, Auslandsaufträge im schärfsten Wettbewerb, namentlich mit den Werken der Vereinigten Staaten von Nordamerika, zu niedrigen Preisen herinzuholen, um dem Arbeitsbedürfnis seiner Werke Genüge zu leisten. Ein großer Teil dieser Aufträge ist erst im Jahre 1905 zur Ausführung gelangt und hat den Erlös des Stahlwerksverbandes, in welchem im ersten Jahre die noch vor Bildung des Verbandes von den Werken direkt abgeschlossenen Auslandslieferungen nicht eingerechnet wurden, ungünstig beeinflusst. Auch die für einzelne Sorten mehrfach vorgenommenen Erhöhungen der Einkaufspreise des Verbandes, welche den ausführenden Werken direkt zuzuführen, verminderten die vom Verbands erzielten Aufschläge. Zweifellos ist aber die Tätigkeit des Verbandes, namentlich noch dem auch eine Verständigung mit den Stahlwerken des Auslandes stattgefunden hat, eine für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie äußerst segensreiche gewesen, und nur ihr ist es zuzuschreiben, wenn die Ergebnisse der Eisen- und Stahlwerke schon für die am 30. Juni 1905 abgeschlossenen Geschäftsjahre als günstige trotz der Einwirkung des Auslandes der Vergleiche in Westfalen bezeichnet werden können. In den nicht vom Stahlwerksverband verkauften und von seinem maßgebenden Einflusse nicht berührten Erz müssen waren die Preissteigerungen, namentlich in den letzten Monaten, weit erheblicher, als beim Stahlwerksverband. Für das Ergebnis des Berichtsjahres kamen dieselben noch nicht in Betracht. Dasselbe weist annähernd die gleichen Zahlen wie im Vorjahre auf und ergibt nach Abzug des Saldo des Zinskontos mit 302,481,41 Mk., einer Rückstellung für zweifelhafte Forderungen von 6671,85 Mk. und nach Abzug des Kurzausgleichs-Kontos mit 2782 Mk., ferner nach Absetzung von 2,150,000 Mk. für Abschreibungen einen Reingewinn von 3,854,457,87 Mk., dessen Verteilung wie folgt, vorgeschlagen wird: Zuwendung zum Kronprinz Friedrich Wilhelm Bestand und Verfügung: Bestand des Vorstandes 160,000 Mk., für sachungsmäßige Gewinnanteile 271,556,63 Mk., als Dividende von 29 1/2 Prozent 3,392,500 Mk., als Vortrag auf neue Rechnung 30,401,24 Mk. Es betragen im Geschäftsjahre 1905 die Erzförderung 1,824,104 Tonnen, gegen im zweiten Halbjahre 1904 871,734 Tonnen, die Hoheisenproduktion 487,943 bzw. 225,460 T., die Rohstahlproduktion 362,598 bzw. 169,891 T., die Produktion der Eisengießerei in Rothe Erde 10,702 bzw. 4,835 Tonnen, die Produktion des Kalkwerks Büsbach 86,203 bzw. 17,401 Tonnen, die Produktion an Säckemehl 79,053 bzw. 35,841 T., die Frachten 7,774,182,82 bzw. 3,545,345,38 Mark, die Löhne an Arbeiter und Meister 8,902,037,05 bzw. 4,203,466,17 Mk., die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter 6644 beziehungsweise 6366 Mann, der Versand an Dritte 688,554 bzw. 304,559 Tonnen. Auch im laufenden Geschäftsjahre sind alle Werke sehr gut beschäftigt, und sind die Aussichten für die weitere Geschäftslage als günstige zu bezeichnen. Auf das Ergebnis des Geschäftsjahres werden allerdings die durch erheblich gestiegene Löhne, teureres Brennmaterial und sehr empfindliche Steigerungen der Preise der Mangangeräte verurteilten Selbstkosten eine unbillige Einwirkung ausüben.“

Daß die Löhne „erheblich gestiegen“ sein sollen, wird jedenfalls nur mit Rücksicht auf die hohen Dividenden hervorgehoben. Außer dem Hüttenwerk in Aachen, wo sich unser Verband für die Arbeiter ins Zeug legte, dürften wohl kaum irgend nennenswerte Lohnsteigerungen stattgefunden haben.

## Sturm auf gegen die Verkürzung der Arbeitszeit!

Bekanntlich haben die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen in ihren Werkstätten den Neunstunden tag eingeführt. Die preussische Eisenbahnverwaltung ist diesem Beispiel zunächst in fünf Hauptwerkstätten gefolgt. Das hat die Scharmacher in eine bedenkliche Aufregung versetzt. Sie fürchten schon, wenn der Staat hier voranginge, dann müßten die Privatunternehmer auch einmal auf dem Gebiet folgen, und das ist ja nicht unbegründet. Deshalb wird Lärm geschlagen. Der König der Scharmacher und Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Herr Bued, macht seinem gequälten Herzen in einem längeren Artikel Luft, worin er die Spitzen der staatlichen Betriebe beschwört, in ihrem sozialen Zug nach vorwärts doch um Gottes willen einzuhalten. Besonders eindringlich wird dem preussischen Eisenbahnminister Rüdte ins Gemüthe

geredet. Die Sache ziehe schon weitere Schritte, auch eine Reihe von Gemeinwesen habe die Arbeitszeit ihrer Arbeiter schon verringert. Das müsse selbstverständlich auf die Privatindustrie einwirken und damit sei das Unglück da.

Wir können so schließlich zwangsweise zum allgemeinen Maximalarbeitstag, den die Regierung selbst grundsätzlich nicht will. Das letztere scheint der Mann anscheinend genau zu wissen. Weiter sucht dann Herr Bued zu beweisen, daß die Privatindustrie durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr konkurrenzfähig bleiben würde und dem Untergang geweiht sei. Das alte, abgedroschene, hundertmal wiederlegte Liedchen. Natürlich fehlt in dem Erguß des Herrn Bued auch der unentbehrliche Hinweis nicht, daß an der Arbeitszeitverkürzung nur die Sozialdemokratie Interesse und Nutzen habe.

Die Arbeiterschaft wird diesem arbeiterfeindlichen und allgemein schädigenden Treiben nur durch starke Organisationen einen Damm entgegen stellen können. Wenn die Scharmacher mit allen Mitteln bremsen, wenn die Regierung, wie Herr Bued so genau wissen will, grundsätzlich keinen Maximalarbeitstag will, so werden sich die Arbeiter denselben durch ihre Organisationen erzwingen müssen. Gerade in der Metallindustrie ist hier noch eine Meßarbeit zu leisten, die um so eher bewältigt werden kann, als die Zahl der organisierten Metall- und Hüttenarbeiter wachsen wird. Darum, hinein in die Organisation muß die Lösung sein.

## Die neunstündige Arbeitszeit

hat die bayerische Eisenbahnverwaltung jetzt auch für die Arbeiter des Eisenbahnunterhaltungsbetriebs eingeführt, nachdem für die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten dies schon im vorigen Jahre geschehen ist. Es gereicht Dahern zur Ehre, auf diesem Gebiet bahnbrechend vorgegangen zu sein. Um so mehr, als die Scharmacher sich so alle erhebliche Mühe gegeben, die staatlichen und gemeindlichen Behörden von jeder weiteren sozialen Tätigkeit zurückzuhalten. Dadurch könnten ja die Privatgelände genötigt werden, auch etwas für ihre Arbeiter zu tun. Das kommt auch noch, wenn auch weniger in Folge des Vorgehens der Staatsbetriebe als durch die Macht der Arbeiterorganisationen.

## Internationale Regelung der Arbeitszeit

streben die Textilindustriellen an. Die deutschen Textilfabrikanten wehren sich ja noch gegen den Neunstundentag, angeblich wegen der „ausländischen Konkurrenz“. Deshalb soll die Sache den im nächsten Sommer stattfindenden internationalen Kongress der Baumwollfabrikanten beschäftigen. Den Arbeitern kann es gleich sein, ob der Neunstundentag national oder international sein wird, wenn sie ihn nur bekommen. Daß sich die Großindustriellen der Metallindustrie, besonders die Walzwerks- und Hüttenbesitzer mit dieser Frage einmal ernstlich befaßt hätten, davon hört man nichts; bei dem großen Indifferentismus unter diesen Arbeitern haben sie es ja nicht notwendig. Wann endlich werden die großen Massen der Hütten- und Walzwerksarbeiter aufwachen?

## Ein freier Gewerkschaftsbeamter wegen Hausfriedensbruch bestraft.

Fürth. Der Gewerkschaftsbeamte Karl Müller vom sozialdemokratischen deutschen Metallarbeiterverband wurde vom Amtsgericht Fürth wegen Hausfriedensbruch zu 4 Tagen Gefängnis oder 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Amtsanwalt hatte sechs Tage Gefängnis ev. 30 Mark Geldstrafe beantragt.

Herr Müller störte die am 11. Dez. stattgebundene öffentliche christl. Gewerkschaftsversammlung in Mergersheim erregender Weise durch fortwährendes Schreien und provokatorisches Benehmen. Der wiederholten Aufforderung des Vorsitzenden, das Lokal zu verlassen, kam Müller nicht nach, er stellte sich vielmehr direkt hinter den Vorstandstisch.

Am Schluß der Versammlung arrangierten die Genossen im Saustennen eine Schiebererei, bei der Müller den Vorsitzenden am Halbe würgte. Während der Verhandlung gaben sich die Genossen alle Mühe, Müller freizubringen. Der Wirt war angeblich „ruhig“, daß Müller geblieben sei, weil er die Leute „beruhigt“ hätte. Einer brachte sogar vor, er hätte gesehen, wie Müller später die Erlaubnis zum Bleiben bekommen hätte. Der Angriff auf den Vorsitzenden wurde abgelehnt: keiner hatte etwas gesehen.

Die Fränkische Tagespost, das sozialdemokratische Organ Nürnbergs, schrieb sogar von „Besonnenheit“ Müllers, trotzdem im gleichen Organ einige Tage vorher der Satz stand: „Der Anblick eines Hirschen oder Gewerkschaftschriften wirkt auf ihnen wie der Anblick eines roten Tuches auf einen Stier.“

Aus diesen Vorgängen ist zu ersehen, welche Elemente man sozialdemokratischerseits in den Dienst der Arbeiterbewegung stellt. Das Beispiel derselben führt die Arbeiterschaft nicht zu einer höheren Stufe der Kultur, sondern es fördert die Noheit und Hüpfhaftigkeit. Wie sagt doch der Sozialdemokrat Kautski: „Dem Gegner gegenüber ist man nicht zur Wahrheit verpflichtet.“ Kommentar überflüssig.

### Einen gründlichen Lämpfer

haben die eigenen Gewissen dem Machtdünkel des führenden „freien“ Gewerkschaftsbeamten von Offenbach erteilt. Bei der Firma Dehler, chemische Fabrik Offenbach, sollte in eine Lohnbewegung eingetreten werden. Gewisse Koppel und Konjorken betreiben eine Werkstoffversammlung ein, um — um vielleicht unter etwa christlichen Arbeitern noch Bauernfang zu treiben. Die bei der Firma beschäftigten christlich organisierten Kollegen verlangten aber, wenn man von „freier“ Seite Werkstoffversammlungen abhalte und verlange, daß die christlichen Arbeiter sich an denselben beteiligen und eventuell gemeinsam Sache machen sollten, doch auch ein Vertreter der christlichen Organisation an den Beratungen teilnehme. Zu diesem Zwecke hatten sie unserem Gewerkschaftssekretär Kollege Scherer näher Bescheid zusammentun lassen, daß diesmal von der liebgekommenen Mode, einfach über die Köpfe der christlichen Arbeiter und ihrer Führer hinweg zu gehen, einmal abgewichen wurde. Zum großen Bedauern der fast an Größenwahn leidenden Führer. Plötzlich zur bestimmten Stunde stellte sich unser Kollege Scherer ein. Aufstandshalber begab er sich zum Vorstandstisch und Leiter der Versammlung und erklärte, „daß er die in Frage kommenden christlich organisierten Arbeiter vertreten werde. Das seien allerdings den „freien Führer“ nicht nach dem Strich zu gehen, und sie bemerkten: „Ihres Wissens kämen keine christliche Arbeiter in Betracht. Doch nach kurzen Erläuterungen seitens unseres Kollegen Scherer sah sich schon einer genötigt gesehen, dieses zu widerrufen und von „keine“ auf „einige“ aufzuschlagen. Er meinte, es seien nur drei beteiligt. Doch auch hier ein besseres belehrt, mußten sie sich schließlich in das unvernünftige fügen. Gewisse Koppel versuchte das letzte Mittel, welches sich bisher immer als geeignet und erfolgsbringend bewährt hatte, nämlich er appellierte an die Versammlung, die in ihrer Masse aus Gewissen bestand und fragte an, ob der Vertreter der christl. Arbeiter zugelassen werden solle. Mit Ausnahme von einigen waschichten stimmten alle für die Zulassung.

Das hatten die „freien“ Führer nicht erwartet. Ihnen war es anscheinend weniger darum zu tun, die größtmögliche Einigkeit bei einem etwaigen Unternehmen zu erzielen, sondern darum, um wieder einmal tüchtig über die dreimalvermalmedeiten christlichen Loszuziehen und die noch unbefangenen Nachorganisierten in die allein festigmachenden „freien“ Gewerkschaften hinüberzuziehen, denn anders läßt sich das Benehmen des „freien“ Führers nicht erklären. Und hätte man es wirklich ernst gemeint mit der Besprechung und der Aufforderung an diejenigen, die etwa zur Diskussion sprechen wollten, sich streng am Referate zu halten, so hätte der Vorsitzende auch nicht dulden dürfen, daß ein Gewisse vom Thema abwich. Aber Bauer! das war auch etwas anders.

Trotzdem unser Kollege Scherer sich in streng sachlicher Weise zum Referate äußerte, konnten es die „alleinigen Arbeitervertreter“ nicht unterlassen, ihrem ganzen Fanatismus gegen die christl. Gewerkschaften freien Lauf zu lassen. Nun, das war ja auch zu erklärlich, nachdem unser Kollege Scherer die ganze führende Ordonna vor den eigenen Gewissen so jämmerlich blamiert hatte. Denn, das ist doch gar zu schön, unsern Vertreter in weiser Weise zu sagen, es sei unverschämte, so aufzutreten, da er doch nur von der Loyalität der „freien Führer“ abgegangen habe.

So schwach war nämlich das Gedächtnis dieser Leute, daß sie ganz vergessen hatten, daß die große Majorität der Anwesenden, Gewissen und Nichtgewissen, durch ihre Zustimmung bereits die Teilnahme unseres Kollegen Scherer an der Versammlung gebilligt hatten. Daher konnten sich diese Leute zu solchen Äußerungen verstoßen.

Doch die Arbeiter waren vernünftiger und bedenkten durch ihre Zustimmung zum zweiten Male, daß es ihnen in der Hauptsache darauf ankam, praktische Erfolge und eine größtmögliche Einigkeit zu erzielen. Damit haben die großen Massen der Deshieschen Arbeiter, trotzdem sie in der Mehrzahl den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören, bekundet, daß ihnen ihre Arbeiterinteressen doch noch über den durch den Machtkittel soziald. Führer herbeigeführten Sonderbestrebungen steht. Ebenfalls haben sie damit bekundet, daß sie, wenn es sich um Beurteilung der Arbeiterfragen handelt, vernünftigeren Handlungen fähig sind, als ihre eigentlichen Führer. Dem christl. Arbeiterführer haben sie damit aber das glänzendste Zeugnis ausgestellt.

Soffentlich lernen alle unsere Kollegen hieraus, besonders aber die noch nicht organisierten und christl. denkenden Kollegen. Deshalb muß es auch fortan mit noch lauterem Ruf in den Werkstätten und Versammlungen erschallen: Hinein in die christl. Gewerkschaften; hinein in den christl.-soz. Metallarbeiterverband Deutschlands. W. Th.

### In der „Deutschen Metallarbeiterzeitung“

Organ des freien Verbandes, bemüht sich ein Je-mand, bei Besprechung des Buches von Dr. Müller über „Die christliche Gewerkschaftsbewegung“ ein möglichstes Herrbild zutage zu fördern. Nachdem der Skribist in mehreren Artikeln sich damit abgequält, kommt derselbe zu dem Schluß: daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nur eine Kopie, ein schlechter Abklatsch des Originals, eine Nachahmung der freien Gewerkschaften sei. Es heißt dort:

„Ueber den Entwicklungsgang der katholischen oder christl. Gewerkschaftsbewegung ist nicht viel zu sagen, da sie vollständig in jeder Beziehung die freien Gewerkschaften kopierten. Nirgends ist eine Spur von Original, eine eigene, selbständige Idee, eine eigene Geistesarbeit zu entdecken, alles, aber auch alles an der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist Nachahmung, bloße Kopie der freien Gewerkschaftsbewegung, nichts als Kopie, die aber wie immer nur ein blasser, schlechter Abklatsch des Originals ist. Erst lokale Gewerkschaften, dann Verbände, dann Gewerkschaftskartelle, dann Zentralstelle; erst niedrige Beiträge, dann höhere Beiträge und Anstellung von Verbandsbeamten; erst wenige, kleine und selten erscheinende Gewerkschaftsblätter, dann Vermehrung derselben, öfteres Erscheinen, größeres Format und als Gegenstück von unserem Korrespondenzblatt das christliche Zentralblatt. Als innere Verbandseinrichtungen folgt der Ausbau des Unterstützungsweizens in allen seinen verschiedenen Zweigen. Ebenso verhält es sich mit den Forderungen an die Unternehmer und an die Gesetzgebung. Ueberall nur Kopie. Das Gebahren erinnert an das kaufmännischer und gewerblich-industrieller Konkurrenten, die einander in allem nachäffen, die einander zu überbieten suchen, um einander aus dem Felde zu schlagen.“

Daß über den Entwicklungsgang der „katholischen oder christlichen Gewerkschaften“ nicht viel zu sagen ist, ist auch gut, trotzdem schlägt sich der Artikelschreiber in mehreren Nummern mit der Geächtete der christlichen Gewerkschaften herum, und sicher hat er den Stoff noch nicht erschöpft. Die christlichen Gewerkschaften hartnäckig als katholische Gewerkschaften zu bezeichnen, gehört zu dem bekannnten Trick, um die evangelischen Arbeiter von den christlichen Gewerkschaften abzuhalten.

Gelingen ist jedenfalls die Entdeckung, daß die christlichen Gewerkschaften deshalb nur Kopie der freien Gewerkschaften sein sollen, weil sie erst Lokalverbände, dann Verbände, dann Gewerkschaftskartelle, dann Zentralstelle, erst niedrige Beiträge, dann hohe Beiträge, dann Anstellung von Verbandsbeamten usw. durchgeführt haben. Auch der Artikelschreiber der Metallarbeiter-Zeitung konnte wissen, daß dieses alles der natürliche Gang der Entwicklung, Vergrößerung und Ausdehnung der Gewerkschaften ist. Nicht mit einem Schlag lassen sich Zentralverbände aus der Erde zaubern. Ebenwenig als sich sofort 100 000 Mitglieder aus der Erde stampfen lassen.

Ehe man Gewerkschaftskartelle gründen kann, müssen zuvor doch die verschiedenen Organisationen bestehen. Ober glaubt die Metallarbeiterzeitung, es könnten zuerst die Kartelle und dann die einzelnen Ortsgruppen gegründet werden; das heißt ja das Pferd am Schwanz aufzäumen. Ganz dasselbe gilt von den Beiträgen und der Anstellung von Ver-

bandsbeamten. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit freigestellter Beamten und der erhöhten Beiträge brauchen die christlichen Verbände nicht den „freien“ Verbänden abzugucken, das mußten sie von Anfang an, es mußten aber erst die Hindernisse beseitigt, die Mittel beschafft werden.

Daß überhaupt solche Ueberheiten von sozialdemokratischer Seite ins Feld geführt werden, beweist mehr wie alles andere, ihre Verlegenheit und Ungimm über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften.

Im übrigen irrt unser werter Kollege in Stuttgart, wenn sie meint, die Christlichen hätten den Freien alles abkopiert. Gerade das Gegenteil ist der Fall.

Die so tödlich gehakte „christlich M. Gladbacher Jesuitenschule“ haben unsere Herren sozialdemokratischen Verbände „kopiert und nachgeahmt“. Im Jahre des Heils 1906 waren alle freien Verbände in Berlin versammelt, um „zu raten und zu taten“, wie den bösen Christlichen evtl. beizukommen sei. Das Endresultat war, ein schwacher „Abklatsch“ einer schlechten Kopie der „M. Gladbacher Jesuitenschule“ nachzuahmen.

Die „Jesuitenschule“ ist doch das ureigenste Produkt der „Christlichen“. Daß die freien Gewerkschaftler erst jetzt, nachdem sie schon 40 Jahre existieren, 1 1/2 Millionen Mitglieder haben, eine Anleihe bei den „Christlichen“ machen müssen, ist für letztere sehr ehrenvoll, beweist aber, daß die Freien von den Christlichen etwas gelernt haben, nicht umgekehrt.

### Note Kulturträger.

Für unsere Kollegen steht es längst fest, daß der oftmals barbarische Verwirrismus unserer „freien“ Brüder seinen Nährstoff in den Reihen der Führer erhält. Von welcher Qualifikation in moralischer Beziehung diese oft sind, dafür bietet, neben all dem anderen, nachstehender Vorfall ein beredtes Beispiel.

Anlässlich einer in Mühlhausen i. G. beabsichtigten Bewegung, fand am 15. März eine gemeinschaftliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher, als bereits die Diskussion eingeleitet hatte, auch der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Grub, erschien. Er kam nun gerade dazu, als der Beamte des christlichen Holzarbeiterverbandes, Kollege Köblach, seine Meinung zu dem geplanten Vorgehen äußerte. Grub meldete sich dieser total betrunkenen Gewerkschafts„führer“ zum Wort, und zog gegen die Christlichen vom Leder. Obwohl er, wie er den Feldzug einleitend bemerkte, nicht wisse, um was sich die Behandlung eigentlich drehe, müsse er sich doch ganz entschieden gegen die Ausführungen des christlichen Redners wenden. Es folgten nun die gewöhnlichsten Verdächtigungen gegen letzteren und die christliche Bewegung. Das Beste aber ist, daß sich der sozialdemokratische Redner gezwungen sah, den Gewissen Grub zu bitten, mit seinen Ausführungen zurückzuhalten, da die Meinung des christlichen Redners auch auf ihrer Seite, noch große Anhängerenschaft habe. Tableau.

Eine solche gründliche Blamage mußte natürlich gerichtet werden und so kam es, daß dieser „große“ Held anstelle seiner abgestumpften geistigen Waffen seine besser funktionierenden herben Fäuste dem Kollegen Köblach in die Rippen stieß, als dieser den Saal verließ. Eine halbe Stunde später schwankte dieser benebelte Führer in Begleitung eines Freundes nach Hause.

### Das Zielbewußtsein

der Gewissen in Baden zeigt sich zur Zeit wiederum in einem vollen Lichte. Die christlichen Gewerkschaften entfalten durch ganz Baden eine großzügige, einheitliche Propaganda zur Erhöhung des örtlichen Tageslohnes, auf die wir nach deren Beendigung noch zurückkommen werden. Insgesamt werden rund 150 Versammlungen veranstaltet.

Recht interessant ist nun das Verhalten der woten Brüder, in den einzelnen Versammlungen. Während in Konstanz, Rastatt u. a. Orten dieselben für die beabsichtigten Eingabe stimmten, haben sie in anderen durch Niederstimmung derselben ihre grundsätzlichen Abneigung für Wiederherstellung des Arbeiterstandes Ausdruck gegeben. Nach den bis jetzt eingelaufenen Berichten zu schließen, haben es aber doch die Gewissen in der Umgebung von Mannheim am tollsten getrieben. Dafür nur einige Belege.

In Wallstadt, wo dieselben mit einer öffentlichen Versammlung Fiasko gemacht hatten, äußerte der Einberufer der woten Versammlung bereits im Laufe

Des Nachmittags, daß, wenn er einmal einem die Karten schlage, es ihm auf 14 Tage nicht ankomme. Hierauf suchte er in einer Wirtschaft über die Christlichen herzufallen, und über diese zu schimpfen, was sich letztere verbot. Hierauf verlegte der rote Held zwei Christliche mit dem Messer derart, daß noch nichts ärztliche Hilfe notwendig wurde.

In Magau bei Karlsruhe wurde nach einer Versammlung von den Noten ebenfalls eine Keilerei veranstaltet, wobei den Christlichen mit den Fäusten tüchtig zugesetzt wurde. Kollege Tremmel von Mannheim rettete sich nur vor solch brüderlichen Beweisen durch Rückzug.

Nach einer Versammlung in Biernheim, in der die Christlichen über 100 Neuaufnahmen gemacht hatten, wurde ein Arbeiter der seine Mannheimer Kollegen zur Bahn begleitet hatte, von einem Genossen angefallen und in schändlicher Weise mißhandelt.

In Waldhof erklärten sich die Genossen gegen die Eingabe um Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes und inszenierten einen großen Tumult.

In Friedrichsfeld wurde nicht nur radikalisiert, sondern auch der Vorjüngende blutig geschlagen und gegen den Referenten, Kollege Leidenheimer in Mannheim, ein Backstein geschleudert, der glücklicherweise sein Ziel verfehlte.

Auch in Schwellingen versuchte man durch Toben und Schreien den Zweck der Versammlung zu vereiteln.

In Redarhausen stimmten die Genossen, durch einen Mannheimer Führer scharf gemacht, ebenfalls gegen die Eingabe.

Auch von Hembach und Sandhofen liegen ähnliche Resultate vor.

Auch für Mannheim hatten die Genossen einen ähnlichen Schlag beabsichtigt. Dank der guten Disziplin der Christlichen Arbeiter wurde der saubere Plan aber vereitelt, da zur festgesetzten Stunde letztere den großen Saal des Bernhardushofes dicht besetzt hatten. Der imposante Verlauf dieser Versammlung war neben der Kundgebung für eine Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes, gleichzeitig eine solche gegen das lämmelhafte Benehmen der Genossen in der vergangenen Zeit.

Die ganze Wut der letzteren ist übrigens doch erklärlich, daß einerseits die Christlichen Verbände in hiesiger Gegend allmählich einen ausschlaggebenden Einfluß gewinnen, andererseits aber die Christlichen durch die Veranstaltung einer für die Arbeiter so wichtigen Bewegung, den Genossen zuvor gekommen sind. Wir können unser Urteil mit dem des „Mannh. Volksblattes“ vereinigen, das in dieser Sache schreibt:

„Die Genossen haben an all den genannten Orten gezeigt, daß es ihnen Sekuba ist, ob für den Arbeiter praktische Arbeit geleistet wird oder nicht. Wenn nur das Parteinteresse gewahrt bleibt, ob der Arbeiter dabei zu Schaden kommt, sichts die Herren nicht an. Ein Ruhmesblatt haben sich die Führer der Genossen mit ihrem Vorgehen gegen die Bewegung nicht erworben.

- denn sie haben damit aufs neue dokumentiert:
1. ihre Abneigung gegen jedwede positive Arbeit,
  2. auf wachsendes Niveau ihre Bildungsbestrebungen den Arbeiter haben, und
  3. daß die besten Vertreter von Terrorismus und Unduldsamkeit sich in ihren Reihen befinden.

### Ungetreue Gewerkschaftsbeamten,

scheinen im freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaftslager in bedenklichem Maße sich zu mehren.

In Nr. 10 unseres Organs sind eine Anzahl Fälle mitgeteilt, wo freie Verbändler und Genossen sich am fremden Eigentum, meistens Verbandsgeldern, vergrißen haben. Diese Chronik läßt sich durch folgende Vorkommnisse ergänzen:

In Köln wurde der freigestellte Kassierer Quanz des sozialdemokratischen Malerverbandes wegen Unterschlagung von 750 Mk. Verbandsgeldern zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese gebornene Gewerkschaftsäule war, was eigentlich selbstverständlich ist, auch eine berühmte Parteigröße.

In Essen verurteilte am 13. März die Strafkammer den Kassierer Wietler der Zahlstelle Schäffe des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern (370 Mark) zu zwei Monaten Gefängnis. — In Waldhof ist der Kassierer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes unter Mitnahme der Verbandskasse verurteilt. Seine Familie ließ der Ehrenmann im größten Elend zurück.

Im sozialdemokratischen Holzarbeiterverband kamen innerhalb Jahresfrist nicht weniger als 18

Unterschlagungen vor, bei denen insgesamt 1239,29 Mark in den Taschen von unehrlichen Genossen hängen blieben.

In Pforzheim wurde kürzlich der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Reubke zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wegen Unterschlagung. Doch ein Unglück kommt selten allein, so auch für die Pforzheimer Genossen. Jetzt ist auch der Geschäftsführer Weiß vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband spurlos verschwunden und hat circa 2500 Mk. Verbandsgelder abzuliefern vergessen.

Veruntreuungen werden ja in jedem Lager und überall vorkommen können. Aber im roten Lager nehmen diese Sachen derart überhand, daß man wirklich von einer ansteckenden Krankheit reden kann. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn man sieht, welche Moral den Genossen von ihren obersten Führern gepredigt wird. Der Parteipapst Kautsky hat in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Neue Zeit“, in welcher den gelehrten und ungelehrten Genossen die größte Weisheit, das rote Evangelium verkündet wird, einmal geschrieben:

„Einer der wichtigsten Grundsätze... ist die Pflicht der Wahrhaftigkeit gegenüber dem Genossen, dem Feinde gegenüber hat man diese Pflicht nie anerkannt.“

Heute wiederholt Kautsky diesen „ungeheuerlichen Satz“ in einem eben erschienenen Buche „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung“ (S. 106—107). Es heißt da u. a.:

„Die sozialen Tugenden, Hilfsbereitschaft, Opfermut, Wahrheitsliebe usw., gelten nur den Genossen, nicht für das Mitglied einer anderen gesellschaftlichen Organisation.“

Dann heißt es weiter:

Man hat es mir einmal verübelt, als ich diese Tatsache in der „Neuen Zeit“ konstatierte, und meine Feststellung so gedeutet, als hätte ich da ein besonderes sozialdemokratisches Moralprinzip feststellen wollen, im Gegensatz zu den Grundsätzen des ewigen Sittengesetzes, das da unbedingte Wahrhaftigkeit gegen jedermann erheißt. In Wirklichkeit habe ich nur ausgesprochen, was seit der Menschwerdung unserer Vorfahren stets als Sittengesetz in der menschlichen Brust gelebt, daß dem Feinde gegenüber die sozialen Tugenden nicht geboten sind.“

Bei einer solchen Moral ist die Kleptomane im roten Lager leicht zu verstehen. Wer keine Wahrhaftigkeit zu üben braucht, hat auch nicht nötig, ehrlich zu sein, nur darf er sich nicht erwidern lassen, was den lungfingernden Sozi allerdings nicht immer möglich ist, wie Figura zeigt.

An der von Kautsky gepredigten Moral wird einstens mal die Sozialdemokratie zu Grunde gehen, sie rächt sich heute schon recht bitter.

### Parteilichkeit.

Welch demütigende Rolle die sich „frei“ nennenden Gewerkschaften gegenüber der sozialdemokratischen Partei zu spielen haben, ist schon oft nachgewiesen worden.

Ein deutliches Beispiel ist in dieser Beziehung wieder der Beschluß des „freien“ Gewerkschaftskartells in Stuttgart, in diesem Jahre wieder einen Umzug abzuhalten, nachdem der sozialdemokratische Verein sich dafür ausgesprochen hatte. Im Vorjahre war der Umzug, der mit jedem Jahre an Zahl der Teilnehmer abgenommen hatte, unterblieben, was besonders bei den radikalen Sozialdemokraten absätzig kritisiert worden war. Auch in diesem Jahre war zunächst in den Kreisen der Gewerkschaften wenig Aussicht für einen Umzug vorhanden. Es scheint nun, daß der Einfluß des sozialdemokratischen Vereins auf die „freien“ Gewerkschaften ein derartig großer gewesen ist, daß sie der Partei zu Liebe nun dieses Jahr den sozialdemokratischen „Karnevalszug“ wieder mitmachen wollen, obwohl doch die „freien“ Gewerkschaften — wenn sie auch eine abschließende Stellungnahme zu derselben aus taktischen Gründen auf dem Kongreß zu Köln vermieden — niemals einen Zweifel darüber gelassen haben, daß ihnen die Maßfeier mehr Schaden als Nutzen bringt. Also trotz des zu erwartenden Schadens für den Arbeiter tanzen die „freien“ „Arbeitervertreter“ nach der Blöde der Partei!

Dabei ist Stuttgart auch noch der Sitz des mächtigen „freien“ Metallarbeiterverbandes, sowie des Holzarbeiterverbandes. Und diese „Hörigen“ der Bebel, Kautsky, Mehring usw. nennen sich zum Spott und Hohn der Menschheit noch immer „freie“ Gewerkschaften und wollen politisch neutral sein. D. Hammer über solchen Schwindel.

### Wieder ein Sittensverein.

Eine Organisation der Arbeitswilligen attackiert „Sittensverein“ will die Leitung der Bursche, Sittens ins Leben rufen. Monatlich sollen 15 Pf. Beitrag erhoben werden. (Zu welchem Zwecke? D. H.) Es zirkulieren unter den Arbeitern des Werkes Listen zur Einzeichnung für diesen Verein. Die Meister haben die Aufgabe, Mitglieder zu werben. Der Beitrag ist aber „freiwillig“ (??) Auch diese Mittel wird nichts fruchten. Den Kampf gegen den christlich-sozialen Metallarbeiterverband führen die Herren in Burbach wie es scheint, mit allen möglichen Mitteln, aber vergebens. Die Arbeiter des Werkes stürmen dem christlichen Verbande täglich zu, wohl wissend, daß dort ihre Rechte vertreten werden. Auch an andern Orten ist ein solches Manöver mit den Arbeitern versucht worden z. B. in Augsburg, Breslau, Pirmasens, Solingen. Trotzdem gelingt es den Arbeitgebern nicht, die Berufsorganisation der Arbeiter zu vernichten.

### Gerichtliches.

#### § 153.

In Neu-Ruppin hat das Landgericht zwei Arbeiter zu je 1 und 2 Wochen Gefängnis verurteilt weil sie in einem Schreiben an zwei Arbeitswillig auf den Paragraph 9 des Verbandsstatuts aufmerksam gemacht hatten, der den Ausschluß von solchen Mitgliedern vorsieht, die gegen die Organisation handeln. Die von den Verurteilten eingelegte Revision ist vom Kammergericht verworfen worden nach Ansicht des Gerichts ist der § 153 verletzt.

„Wenn sich das Kammergericht doch nur ein einziges Mal die Konsequenzen einer derartigen Rechtsdeutung klar machen wollte!“ schreibt mit Recht die „Soziale Praxis“ zu diesem unverständlichen Urteil. Wofür sind denn Satzungen da, wenn Mitglieder der nicht einmal darauf aufmerksam gemacht werden dürfen. Angesichts solcher Urteile wundern sich dann manche Kreise noch darüber, daß die Arbeiter von Klassenjustiz reden und scharfentwies zur Sozialdemokratie hinüber schwanken.

### Konferenz des Agitationsbezirks Südbayern.

In München traten am Sonntag, den 18. März, die Delegierten der südbayerischen Ortsgruppen, 12 Vertreter von 12 Gruppen, zu ersten Beratungen über die Weiterentwicklung unseres Verbandes zusammen. Sämtliche zum Bezirk gehörige Ortsgruppen, mit Ausnahme der neugegründeten Zahlstellen Hammerau, waren vertreten und zwar München durch die Kollegen Reitz und Alt; Augsburg Seitzler, Dechhausen Hödmann, Oberhausen Gehler, Ingolstadt Zehelmeier, Regensburg Eichinger, Straubing Geislinger, Passau Müller, Landshut Grafwallner, Freising Kleindienst, Altötting Erä und Landsberg a. D. durch den Kollegen Grüner.

Die Konferenz wurde vormittags um 10 Uhr durch den Bezirksleiter Kollege Bergmann eröffnet und zunächst einen kurzen Tätigkeitsbericht erstattete. Aus dem darauf folgenden Kassenbericht des Kollegen Westemeier ging hervor, daß der augenblickliche Kassenbestand der Agitationskasse 215 Mk. betrage. Einige Ortsgruppen seien noch mit den letzten Quartalen rückständig, was in Zukunft nicht mehr vorkommen dürfe. Dafür sollten die Delegierten sorgen. Die weitere Vormittagsitzung, die bis 12 1/2 Uhr dauerte, wurde ausgefüllt mit den Berichten der Delegierten über den Stand ihrer Zahlstellen.

In einzelnen Orten ist leider ein Stillstand respektive Rückgang zu verzeichnen. Das allerdings weniger infolge der Beitragserhöhung als wegen Mangel an fähigen Kräften oder durch persönliche Differenzen, wie z. B. in Passau, wo der frühere Vorsitzende, nachdem der Verband für die Sammiebegejellen eine Arbeitszeitverkürzung von 1 1/2 Stunden durchgesetzt hat, jetzt aus dem Verband ausgetreten ist und in gewissem Maße dagegen arbeitet. Mit Entrüstung wurde solch schändliches, arbeiterverräterisches Treiben von der Konferenz verurteilt. An die Berichte schloß sich noch eine sehr lebhafte Debatte über die Frage der Beförderung von Referenten und Stärkung der Ortskassen an.

Kollege Reitz geißelte u. a. auch das verwerfliche Gebahren der Kassenmarder, die in München nach Empfang der Unterstützung dem Verband den Rücken gewandt hätten. Die Referentenfrage soll in Zukunft möglichst so geregelt werden, daß die Bezirkskassen das Jahrgeld und die Ortsgruppe die persönlichen Ausgaben des Referenten ersetzen soll. Die Ortsgruppenvorstände sollten sich in Zukunft öfter

und auch stets fröhlich genug dieserhalb an die Bezirksleitung wenden und vor allen Dingen auch rednerische Kräfte aus den eigenen Reihen heranbilden.

In der Nachmittags-Sitzung referierte Kollege Bergmann zunächst über Agitation. Er gab Anregungen zur Abhaltung von öffentlichen, von Mitgliedern und Fabrik- oder Werkstattversammlungen. Wichtiger und erfolgreicher wie dies sei jedoch planmäßige und beharrliche Kleinarbeit. Alle Ortsgruppen müssten jetzt, wie es im Verbandsorgan angelegt sei, eine systematische Hausagitation einleiten. Dazu müssten zuerst die notwendigen Adressen beschafft werden und zwar durch die Kollegen, durch andere Vermittler und insbesondere auch durch das Entgegenkommen der Arbeiter- und Gesellenvereine. Dann müssten sich die Kollegen freiwillig melden und bezirksweise an einem Tage die Agitation auf der ganzen Linie vornehmen. Der Erfolg könne dann nicht ausbleiben. Um die einmal gewonnenen Mitglieder dem Verband zu erhalten, müsse in jeder Ortsgruppe ein tadellos arbeitendes Vertrauensmänner- und Einkassierersystem vorhanden sein. Vor allen Dingen sei es auch notwendig, persönliche Streitereien aus dem Verbandsleben und den Ortsgruppen fernzuführen, sonst sei es eben ganz unmöglich, eine Zahlstelle vorwärts zu bringen. Neue Zahlstellen seien seit der letzten Konferenz in Ingolstadt und Hammerau gegründet worden. In Landsberg a. S., wo wir bis jetzt 10 Einzelmitglieder haben, könnte ebenfalls in nächster Zeit eine Gruppe ins Leben treten. In verschiedenen anderen Städten stehen Neugründungen in sicherer Aussicht. Die Kollegen müssen es sich zur Pflicht machen, der Bezirksleitung Adressen aus solchen Städten zu vermitteln, wo unser Verband noch nicht eingeführt sei. Alle Gruppen und Mitglieder sollten einmal ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, dann würde der Verband auch in ganz anderer Weise vorwärts schreiten. An der anschließenden Diskussion über diesen Punkt beteiligten sich sämtliche Delegierte, die mit Bezug auf ihre örtlichen Verhältnisse wertvolle gegenseitige Anregungen gaben.

Innere Verwaltungsangelegenheiten war der nächste Punkt, mit dem sich die Konferenz zu beschäftigen hatte. Hierbei wurde betont, daß die Ortsverwaltungen gewissenhafte Pünktlichkeit üben müssen, ganz besonders mit den Abrechnungen mit der Zentrale. Sogleich zwei Wochen nach Quartalschluß müsse Abrechnung und Geld an die Zentrale abgesandt werden, gleichzeitig damit auch die 7 1/2 Prozent der Wochenbeiträge an den Bezirkskassierer. Eine rege Korrespondenz ist weitere Pflicht. Alle Zuschriften und Anfragen seien sofort zu beantworten und ganz besonders Fragebogen usw. müssen genau ausgefüllt und rechtzeitig eingekandt werden. Die Statuten müssten gut studiert und die Auszahlung der Unterstützungen demgemäß genau gehandhabt werden. Wo Zweifel geahndet würde, hätten die Auszahler oder die Kristalle für den Schaden aufzukommen. Bei unsern jetzigen hohen Unterstützungsflächen müsse die Verbandsleitung nach der Seite hin stricke vorgehen, um Ordnung zu halten und Schädigungen der Kollegen zu verhüten.

Ueber Verhalten bei Lohnbewegungen hielt nunmehr der Bezirksleiter einen längeren Vortrag, wobei die schweren Kämpfe in der Metallindustrie und das terroristische Verhalten des soziald. Verbandes besondere Berücksichtigung fanden. Unsere Kollegen sollten stets auf der Hut sein, nicht das geringste ohne die Verbands- oder Bezirksleitung unternehmen. Sie, auch nicht von den „Freien“ mit süßen Worten umgarnen lassen, denn wenn es die örtlichen Führer des roten Verbandes auch hier oder da einmal ehrlich meinten, von oben herunter würden sie dann doch stets wieder zur Unehrlichkeit und hinterlistiger Tücke angehalten. Der Vertreter von Freising konnte dies bestätigen, da man gerade hierin in Freising wieder derartige betrübende Erfahrungen gemacht habe. Die Vertreter von Augsburg teilten unter großer Heiterkeit mit, daß in Augsburg jetzt die Hirsch-Dunderschen für ihre kriechende Untertänigkeit, mit der sie bis jetzt stets den Sozi nachgelassen sind, ihnen besonders haben die Christlichen bekämpfen helfen, den wohlverdienten Gesellschaftsbeitrag erhalten haben. Bei der Formerbewegung seien die Hirsch-D. trotz inständiger Flehens von den roten Gelben rücksichtslos ausgeschaltet und noch schwerer dabei beschimpft worden. Den Charakter- und prinzipienlosen Hirschen eine wohlverdiente und treffliche Lektion, die aber wahrscheinlich nicht hindern wird, auch noch weiter an den roten Hochschönen herumzubummeln. Einstimmig waren die Delegierten in dem Beschlusse, sich nirgendwo auch nur das Geringste den Genossen gegenüber zu vergeben und

bei Lohnbewegungen ohne die Verbandsführer nichts zu unternehmen.

Nun waren noch einige Wünsche und Anträge zu verhandeln. Mitteilung wünschte die Polemik im Organ eingeschränkt. Bereits sämtliche Kollegen waren hierin jedoch anderer Ansicht. Wegen sozialdemokratische Gegner wie den sozialdemokratischen und und Hirsch-Dunderschen Verband müssten auch wir schweres Geschick aufahren, und den nötigen Raum im Organ zur Verfügung stellen. Solange wir noch kämpfen könnten, seien wir noch lebensfähig.

Ein Antrag der Ortsgruppe Oberhausen, bei dem nächsten Verbandstag den Wegfall der drei Karenztage bei der Streitunterstützung zu beantragen, wurde nach kurzer Debatte einstimmig abgelehnt. Es wurde mit Recht betont, daß bei den jetzigen hohen Unterstützungen eher eine Herabsetzung als eine Erhöhung derselben ins Auge zu fassen lassen sei.

Ferner wurde noch die Frage der Anstellung eines eigenen Beamten angeschnitten. Dazu würde ein Extrabeitrag erhoben werden müssen. Jetzt erhebt München einen solchen von 10 Pfg. monatlich und Augsburg ab 1. April einen solchen von 5 Pfg. pro Woche. Es wurde den Delegierten dringend nahe gelegt, überall für einen kleinen Extrabeitrag einzutreten, um einen Fonds zur Anstellung eines Beamten anzufammeln.

In den Bezirksausschüß wurden sodann einstimmig gewählt: Als Bezirksleiter Kollege Bergmann, als Stellvertreter Kollege Konrad, als Kassierer Kollege Jos. Westmeier und als Beisitzer die Kollegen Alt und Wagner. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Für die Zukunft sollen solche Konferenzen mindestens einmal, wenn eben möglich aber zweimal im Jahre stattfinden. Das dringende Bedürfnis derselben, ihre unbedingte Notwendigkeit habe der schöne erhebende Verlauf dieser Konferenz bewiesen. So betonte mit Recht Kollege Bergmann in seinem mit großer Begeisterung aufgenommenen Schlußwort. Mit einem rauschenden Hoch auf den Verband fand die Konferenz abends um 7 1/2 Uhr ihr Ende.

## Streiks und Lohnbewegungen.

**Eupen.** Bei der Firma Johann Wintgens ist Streik ausgebrochen.

**Machen.** In den hiesigen deutschen Elektrizitätswerken Differenzen ausgebrochen.

**Düsseldorf.** Former in Lohnbewegung eingetreten.

**Burbach (Saar).** Burbacher Hütte Differenzen wegen Maßregelung ausgebrochen.

**Magdeburg.** Former in Lohnbewegung eingetreten.

**St. Lönis.** Auf dem chemischen Werke Streik.

**Sülmen.** Eisenhütte Prinz Rudolf, Differenzen.

**Gelsenkirchen.** Martinwerk Mundscheid, Lohnbewegung.

**Gründ-Gräf.** Eisenwerk Manuel Differenzen ausgebrochen.

**Brühl.** Eisengießerei Schmidt Streik ausgebrochen.

**Heilbronn.** Heilbronner Fahrzeugfabrik Lohn-differenzen und Maßregelung.

**Linden-Hannover.** Hannoverische Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Sämtliche Arbeiter ausgesperrt. Es handelt sich um einen Anfangslohn der Former von 40 Pfg., welcher verweigert wurde.

**Misburg.** Aussperrung der Eisengießerei Misburg-Anderten.

## Kollegen,

**bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.**

Um eine geregelte und pünktliche Beitragszahlung zu erzielen und den Kollegen die Beitragszahlung möglichst zu erleichtern, werden wir von jetzt ab an die jeweils fällige Beitragswoche im Organ erinnern. Das Beitragszahlen fällt nur halb so schwer, wenn es regelmäßig jede Woche geschieht. Ortsvorstände wie Vertrauensleute mögen mehr Sorgfalt darauf verwenden wie leither und die Kollegen mögen denselben das Einkassieren der Beiträge nicht erschweren.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. April der vierzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. April bis 8. April 1906 fällig.

Mitglieder, welche länger als 8 Wochen im Rückstand sind, verlieren ihre Unterstützungsansprüche.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

## Briefkasten.

An Verschiedene! Die Zahlkarten für Arbeitslosenstatistik sind an diejenigen Adressen gesandt, wo auch die Organe hingefandt werden. Wenn dieselben den Vorständen nicht übergeben wurden, ist es nicht Schuld der Zentrale. Diese Vorkommnisse beweisen aufs neue, wie unhaltbar solche Verhältnisse sind, wo die Organe in Wirtschaften und Versammlungsböten adressiert werden. Unregelmäßigkeiten auf allen Gebieten ist die Folge. Die Vorstände sollen alle Sendungen an ihre Adresse gelangen lassen, dann werden manche Sachen nicht verloren gehen, und der an manchen Orten herrschende Ekelndian wäre nicht zu verzeichnen. Etwas mehr Eifer für die Sache müssen sich die Vorstände mancherorts angelegen sein lassen.

Die mit den Zeitungen versandten Fragebogen bitten wir möglichst bald ausgefüllt an die Zentrale zurückzusenden.

An Verschiedene. — Am Kopfe des Organs steht deutlich vorgegedruckt: Abschluß Dienstag Mittag 12 Uhr. Mit hin können doch Mittwoch oder gar Donnerstag einlaufende Versammlungsanzeigen oder -Berichte keine Aufnahme in die laufende Wochennummer finden. Es muß nun doch auch verlangt werden, daß die Kollegen sich wenigstens in etwa in den geschäftlichen Gang an der Zentrale hincindenken können. Manche Unannehmlichkeit könnten sie dadurch sich selbst und uns ersparen.

## Aus den Ortsgruppen.

Danzig. Um die hiesigen Metallarbeiter aus ihrer Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit aufzurütteln, fand am 13. März eine Agitationsversammlung statt, die gut besucht war. Auch eine Anzahl Genossen und Hirsch-Dundersche hatten sich eingefunden. Kollege Klein referierte über die Entwicklung im Wirtschaftsleben und die Lage der Metallarbeiter hier im Osten, speziell in Danzig. Nachdem Redner die Entwicklung in der Produktion vom handwerksmäßigen zum Maschinen- und Fabrikbetriebe eingehend geschildert hatte, kam er insbesondere auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter hier im Osten der Monarchie und besonders in Danzig zu sprechen. Wenn zum Beispiel in dem Ostdeutschen Industrie- und Stahlwerk Löhne von 15—16 Mk. pro Woche an gelernte Arbeiter gezahlt werden, so ist das ein Beweis, wie gering hier die menschliche Arbeitskraft im Werte gemessen wird. Ein Beweis aber auch, wie weit die Metallarbeiter hier in ihrem Selbstbewußtsein gesunken sind, wenn sie sich dazu hergeben, für einen dazwischengehenden Lohn ihre schwere Arbeit zu leisten. Den jüngeren unverheirateten Arbeitern ist es möglich, auszuwandern und sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu suchen. Denn mit Ausnahme von Schlesien und ganz zurückgebliebenen Gegenden werden wohl überall bessere Löhne gezahlt, als wie hier in Danzig. Die verheirateten Arbeiter aber sind an den Ort gefesselt und sollen nun mit diesem geringen Wochenlohn ihre Familie redlich ernähren. Daß dies bei den gegenwärtigen hohen Lebensmittelpreisen fast unmöglich ist, müssten die hiesigen Metallarbeiter schon längst eingesehen und sich der Organisation angeschlossen haben. Denn nur durch den Zusammenschluß in der Organisation ist es möglich, diesen unwürdigen Zuständen unter den hiesigen Metallarbeitern ein Ende zu bereiten. Redner forderte deshalb alle anwesenden nichtorganisierten Kollegen auf, sich dem christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen, der schon in einer großen Anzahl von Orten durch sein Eingreifen eine Reihe von Lohn erhöhungen und Verbesserungen für seine Mitglieder erzielt habe. Der christliche Metallarbeiterverband bietet aber auch durch seine Unterstützungsanstalten bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, auf der Wanderschaft, beim Umzug, bei Streiks und Maßregelungen jedem Mitglied einen festen Rückhalt, deshalb müßte jeder Arbeiter das größte Interesse haben, sich demselben anzuschließen.

In der Diskussion wurde noch von verschiedenen Rednern eine Anzahl von Mißständen zur Sprache gebracht. Besonders lassen die sanitären Einrichtungen, sowie die Schutzvorrichtungen auf den hiesigen Werken viel zu wünschen übrig. Dieselben fehlen entweder vollständig oder sind sehr mangelhaft. Den anwesenden roten Genossen und Hirsch-Dunderschen, die nur gekommen waren, den Zweck der Versammlung zu bereiten, wurden vom Gewerkschaftssekretär Kollegen Koch gründlich heimgelacht.

Im Schlußwort forderte Kollege Klein nochmals alle anwesenden Kollegen auf, soweit sie noch nicht

organisiert sein, sich dem Christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen. Dann aber auch festzuhalten an der Organisation, dann wird es möglich sein, auch in Danzig andere, bessere Verhältnisse zu schaffen, wie es schon an vielen anderen Orten möglich gewesen ist.

Auf also, Metallarbeiter von Danzig, schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverbande an, damit ihr eure Lage verbessern könnt!

Freiburg. Infolge Berufswechsels unseres langjährigen 1. Vorsitzenden Kollegen Krüger, waren wir genötigt, am 17. d. Mts. eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um die vakante Stelle wieder zu besetzen. Es wurde allgemein bedauert, unseren sehr beliebten und tüchtigen Vorsitzenden zu verlieren; stand er doch schon sieben Jahre, seit Gründung unserer Zählstelle an deren Spitze und hat sich um die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung große Verdienste erworben. Er hätte gewiß noch lange unsere Ortsgruppe geleitet, wenn es ihm seine Gesundheit erlaubt hätte, noch länger in seinem Berufe zu verbleiben, aber als Familienvater mußte er auch auf diese Rücksicht nehmen.

In seiner Stelle tritt nun unser 2. Vorsitzender, Kollege Trenkle, welcher einstimmig gewählt wurde. Wir hoffen, daß unsere Zählstelle unter seiner Leitung sich weiter entwickle zum Wohle des gesamten christl. Metallarbeiterverbandes. Kollege Trenkle nahm die Wahl an mit dem Versprechen, für die Interessen seiner Kollegen in Wort und Tat einzustehen.

Des Weiteren glaubte auch die Ortsverwaltung Freiburg zur Meinung des Einsenders aus Oberhausen betr. 4seitiges Organ ihre Meinung kundzutun.

Wenn man das Organ nicht wie bisher 8seitig erscheinen lassen will, so sehen wir gar nicht ein, warum man das Organ alle 8 Tage erscheinen läßt. Wenn von der Ersparnis großer Kosten die Rede ist, so glauben wir doch, daß ein großer Teil der Kosten eben auf Versendung kommt, welche ziemlich gleich bleiben, ob 4- oder 8seitiges Organ. (?) Unsere Kollegen haben es mit Freuden begrüßt, daß unsere Zeitung alle Wochen erscheint. Hauptächlich schon deshalb, weil man vorher überhaupt keinen Bericht mehr einsehen konnte, denn es verging ja bereits 1/4 Jahr, bis er erschien. Der übrige Raum war dann noch meistens mit der Polemik mit dem Gegner ausgefüllt, dagegen haben wir seit 1. Januar so manchen interessanten Artikel gefunden, der zur Schulung der Kollegen beitrug und bitten daher, das Organ 8seitig zu belassen.

Wenn gesagt wird, daß viele Kollegen das Organ doch nicht ganz lesen, so ist es noch lange kein Grund, um es 4seitig zu machen, sondern es ist eben dann Sache der Ortsverwaltungen, die Kollegen auf die interessanten Artikel aufmerksam zu machen, zum Studium zu empfehlen, und so zur Schulung der Mitglieder beizutragen. Die Mitglieder, die das Organ nicht lesen, sind immer auch diejenigen, die bei der nächsten Gelegenheit wieder abspringen. Ein eifriger Gewerkschaftler aber, der jederzeit das Organ mit Interesse verfolgt, weiß auch, was er an seinem Verbands hat und wird so von neuem angepörrt zum eifrigen Agitator. Agitation und Schulung, das sind eben die Hauptpfeiler auf denen die Gewerkschaftsbewegung ruht. An Stoff zu einem 8seitigen Organ wird es wohl nicht fehlen.

Wenn weiter gesagt wird, daß wir der einzige christliche Verband wären, der ein wöchentlich 8seitig erscheinendes Organ hat, so sagen wir, da können wir stolz darauf sein; ebenso wie wir auch darauf stolz sind, daß wir die einzigen sind, die das ganze Jahr hindurch einen einheitlichen Wochenbeitrag von 50 Pfg. bezahlen, was der Einsender von Oberhausen auch berücksichtigen mag. (Wir sind aber auch diejenigen, welche die höchsten und umfangreichsten Unterstützungen zahlen. D. Red.) Darum die Besung: Schreiten wir auf der beschrittenen Bahn fort, ein wie bis jetzt reichhaltiges, wissenschaftliches Organ zur Schulung und zum Ansporn der Mitglieder im Interesse unseres Verbandes beizubehalten.

Freising. In unserer letzten zahlreich besuchten Monatsversammlung sprach der Vorsitzende, Kollege Kleindienst zunächst einige Worte über Besinnung der freien Gewerkschaften und betonte trefflich, daß manche es mit der Ehrlichkeit gerade nicht recht genau nehmen, was aus den Berichten der heutigen Tagespresse ganz deutlich hervorgeht. Sodann Übergab der Vorsitzende dem Kassierer Kollegen Hempfer das Wort, welcher hauptsächlich die jungen Kollegen ermahnte, treu zu ihrem Verbands zu halten und sich nicht von den Reden der freien Gewerkschaften überreden zu lassen, da es leider in letzter Zeit ein paar mal vor-

kam, daß sich Leute von diesen Maulhelden überreden ließen. Redner forderte von den jungen Kollegen, daß im Falle der eine oder andere von den Genossen versuchen sollte, ihre Leistung sowohl hier in Freising, als auch ihre Unterstützungen im allgemeinen hervorzuheben, denselben ruhig zu sagen, daß ihre ganze Leistung nichts anderes, als ein 10jähriger Schlaf war, denn sonst müßten die Verhältnisse hier in Freising längst anders geworden sein. Was bis jetzt geschehen, ist entweder direkt von Seite der Christlichen getan worden oder, wenn auch die Herren Genossen beteiligt waren, so ließen sie regelrecht hinterher oder sie schimpften, wenn nicht alles auf einmal erreicht wurde, kolossal über die Christlichen los. Würde aber was erreicht, so sind die Genossen hier in Freising die ersten, die dann das Erreichte sich zuschreiben, wenngleich ihnen bei den Verhandlungen am hiesigen Magistrat aus Anlaß der Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns von Seiten des Herrn Bürgermeisters die harte Wahrheit gesagt wurde, daß im Jahre 1900 das erste Mal seitens der Arbeiter das Gesuch um Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns eingereicht wurde. Neun Jahre vorher sei nichts geschehen. Bekanntlich sind im Jahre 1900 die christlichen Gewerkschaften hier in Freising gegründet worden. Infolgedessen trifft das Wort des Herrn Bürgermeisters vorzüglich auf die hiesigen freien Gewerkschaften, die 9 Jahre zuvor nichts getan, folglich geschlafen haben. Ueberhaupt scheint es, daß die hiesigen Genossen ihren Brüdern anderswo den Nekord schlagen wollen, wenn es gilt, Flucht und Terrorismus gelten zu lassen. Kam es doch in letzter Zeit vor, daß berühmte Ausschußmitglieder der hiesigen Ortsgruppe des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes es sich zur Aufgabe machten, unsere jungen Kollegen ins rote Lager zu heben und dieselben, falls sie nicht übertraten wollten, mit Schlägen drohten. Ueberhaupt sind die christl. Gewerkschaften hier in Freising schon gewohnt, mit den gemeinsten Ausdrücken betitelt zu werden, so z. B. schwarze Hunde, Christliche Schuften, Christliche Hunde und so weiter. Solche Ausdrücke sind die Früchte sozialdemokratischer Erziehung. Die roten Genossen scheuen nicht einmal vor den gemeinsten Mitteln der Verleumdung unserer älteren Kameraden, die an der Zeitung stehen, zurück. Würden die letzteren nicht, mit wem sie zu tun haben, würden sie die Herrn Genossen schon längst gerichtlich belangt haben, doch stehen unsere Kollegen in ihrem Ansehen so da, daß sie von solchen Elementen nicht beleidigt werden können.

Also Metallarbeiter Freising, ihr seht, daß von solchen Leuten eure Interessen nicht vertreten werden und daß es ihnen um nichts anderes zu tun ist, als die Arbeiter zu zersplittern und zu verheizen. Darum kann keiner von euch sich diesen Leuten anschließen. Euer Platz ist nur im christlichen Metallarbeiterverband. Darum alle hinein in denselben und ihr, die ihr schon Christlich organisiert seid, haltet fest zu eurer Organisation und retractur euren Führern, die mit euch, nur für euch kämpfen.

Hamm i. W. Endlich sind auch die Drahtzieher der „Westfälischen Union“ in großer Zahl dem Verbands beigetreten. Bisher waren nur wenige organisiert. Der Gedanke, sich in großer Zahl dem Verbands anzuschließen, wie jetzt geschehen, war kein solcher idealer Akt, die Not hat vielmehr dazu getrieben. Während die Geschäftskontur hochging, die Dividenden der Herrn Aktionäre stiegen, sank der Lohn der Drahtzieher. Schlechter, zu dicker, platt und dreieckig, statt gutem und korrektem gewalzten Draht, mußten die Drahtzieher verarbeiten. Ihr altes Arbeitsquantum und mit diesem ihren alten Lohn zu erreichen, war ihnen unmöglich. Die Auslagen für Ziehisen, Durchschläger, Zelle, Fette und Weizen — diese Arbeitsmaterialien sind von den Drahtziehern selbst zu stellen — wurden, veranlaßt durch den schlechten Draht, immer größer. Der Arbeitsverdienst war gesunken, für einzelne Drahtzieher bis auf Mark 80 monatlich. Das Schuldenkonto für Arbeitsmaterialien wie Ziehisen, Durchschläger u. c. war den Arbeitern bei der Firma bis auf Mark 200 und höher angewachsen. Unter diesen Umständen riß denn auch den Drahtziehern der Geduldsfaden. Nur eine Möglichkeit, dem Elend ein Ende zu bereiten, blieb übrig. Das war die Organisation. Stark waren die einberufenen Fabrikversammlungen besucht. Nach Klarstellung der Mißstände wurden die Forderungen formuliert und der Direktion eingereicht. Gutes Material und Abschaffung des Unwesens, wonach die Drahtzieher die oben benannten Materialien selbst zu stellen hatten, lautete die Forderung. Eine Kommission, welche die Verhandlungen mit der Direktion zu führen hatte, wurde gewählt. Nach verschiedenen Verhandlungen wurde erreicht, daß für Ziehisen in Zukunft nur 60 Pfennig statt bisher 125 Pfg. pro Kilogramm zu zahlen sind, Fett und Kupferwitriol soll in Zukunft mit 25 Bfa. statt bisher 50 Pfg.

pro Kasten berechnet werden. Weizen werden ganzlich frei geliefert. Für guten und besser gewalzten Draht verpflichtet sich die Firma Sorge zu tragen. Die so erzielten Ersparnisse für Materialauslagen betragen für den einzelnen Drahtzieher 10 Mark pro Monat. Hinzu kommt, daß durch Lieferung von gutem Draht sowohl hinsichtlich des Materials als auch der Verarbeitung, der Drahtzieher in die Lage ist, sein Arbeitsquantum und damit auch seinen Verdienst bedeutend zu erhöhen.

Die Arbeiterschaft von Hamm kann mit dem Ertragnen vor der Hand zufrieden sein. Sie wird eingesehen haben, welchen Wert die gewerkschaftliche Organisation hat. Zu erwarten ist, daß sie dem Verbands auch treu bleiben.

Auch die Drahtzieher anderer Orts mögen aus diesem Beispiel die Lehre ziehen, was sich durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß erreichen läßt. Darum, christlich gesinnte Drahtzieher, schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverbande an.

Kassel. Am 11. Februar hielt in der Monatsversammlung des evang. Arbeitervereins der Arbeitersekretär Herr Aue einen Vortrag über das Thema: Muß sich ein christlicher Arbeiter einer Organisation anschließen. Er führte in sehr sachlicher und verständiger Weise aus, daß die Arbeiterfrage eine der wichtigsten Fragen in der sozialen Bewegung unserer Tage sei. Ferner behauptete er, daß die Arbeitgeber sich überall zur Vertretung ihrer Interessen zusammenschließen, mithin sei es auch Pflicht der Arbeiter, sich zu organisieren. Ein jeder christliche Arbeiter müsse es aber als seine vornehmste Aufgabe betrachten, sich der christl.-soz. Arbeiterbewegung anzuschließen und nicht, wie es leider noch so oft geschähe, die sozialdemokratischen Verbände durch ihre Beiträge zu unterstützen. Für den christlichen Metallarbeiter käme nur der christl.-soz. Metallarbeiterverband in Betracht, welcher ehrlich und aufrichtig bestrebt sei, die Interessen der Arbeiter mit aller Kraft zu vertreten, wie er dieses ja in der letzten Zeit so oft bewiesen habe und schloß mit der Aufforderung an die Mitglieder des evang. Arbeitervereins, sich endlich zu ermannen und auch hier in Kassel eine christliche Metallarbeitergruppe ins Leben zu rufen.

Nach einer kurzen, aber lebhaften Debatte wurde aus den Mitgliedern des genannten Vereins ein Komitee gewählt, um unter den Vorsitz des Herrn Aue die Vorarbeiten zwecks Gründung einer Zählstelle zu übernehmen. Diesem Komitee schloß sich dann noch Kollege Krug, Mitglied des katholischen Arbeitervereins an. Mit Hilfe dessen lebhafter Agitation wurde es möglich, schon in der am Sonntag, den 11. März stattgefundenen Besprechung eine Zählstelle ins Leben zu rufen. Nach kurzer Beratung wurde vorläufig ein provisorischer Vorstand gewählt und zwar Kollege Maselb als Vorsitzender, Zähner, Schriftführer; Krug als Kassierer. Es wurde dann noch beschlossen, Sonntag, den 18. März mittags 1 Uhr, in der Gastwirtschaft zum goldenen Löwen, Möllergasse 28, die erste Versammlung abzuhalten.

Wir hoffen nun, daß alle christlichen Kollegen in Kassel sich anschließen zur Vertretung ihrer Interessen im christl. Metallarbeiterverband.

Kiel. Im Vereinshaus, Mühlenstraße 72, fand am 11. März eine öffentliche Versammlung statt. Nachdem der 1. Vorsitzende Kollege Geldt zur Kenntnis gebracht, daß der Referent, der sich durch Telegramm entschuldigt hatte, zu dieser Versammlung nicht erscheinen konnte, übernahm er selbst das Referat.

Redner wies zuerst auf die Bewegung der freien Gewerkschaft, die in letzter Zeit stattfanden, sowie deren erreichten resp. nicht erreichten Erfolge hin. Er hob dankend hervor, daß die West bereit sei, die neunstündige Arbeitszeit mit einer entsprechenden Lohnerrhöhung einzuführen. Darauf wies Referent nach, daß hier in Kiel nicht nur die Preise für Wohnungsmiete rapide gestiegen, sondern auch durch die unehörte Preissteigerung für Lebensmittel der Unterhalt dem Arbeiter sehr erschwert. Dieses wird sich in Zukunft noch mehr fühlbar machen. Kollege Geldt wies noch auf einige Mängel hin, die auf der West beständen, auch forderte er die noch nicht organisierten Arbeiter auf, sich der christl. Organisation anzuschließen.

Nach einer lebhaften Diskussion, in der besonders Kollege Jeglinski seine polnischen Landsleute aufforderte, doch keine Raritäten zu sein die sich als solche zu allem gebrauchen lassen, wo sonst kein vernünftiger Mensch hin will, da seien sie zu allem bereit und unter den denkbar schlechtesten Bedingungen. Nachdem er noch über einiges mehr gesprochen, forderte er sie auf, sich dem christl. Metall-

Arbeiterverband anzuschließen, der ihre Interessen am besten zu vertreten versteht.

Nach dem Schlusswort des Referenten wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die dem Reichstagsabgeordneten Dr. Spahn im Reichstage überreicht werden soll.

**Wohlfahrt.** Aus den Berichten in unserem Verbandsorgan aus den einzelnen Ortsgruppen haben unsere Kollegen hier in Wohlfahrt wohl gesehen, daß überall reges Leben, eifrige Agitation, guter Versammlungsbesuch herrscht und daß man sagen kann, es geht vorwärts auf der ganzen Linie. Nur unsere Wohlfahrter Kollegen scheinen wenigstens in Punkt Versammlungsbesuch auf den toten Punkt angelangt zu sein. Darum möchten wir von dieser Stelle aus einmal dieselben an ihre Pflicht als Gewerkschaftler erinnern. Es ist nicht genug, Kollegen, um ihr eure Beiträge gern und pünktlich bezahlt, da sind wir wohl nicht rückständig, nein es liegt in eurem Interesse, auch regelmäßig und pünktlich die Versammlungen zu besuchen. Die Versammlung ist der Platz, wo ihr eure Lage, die Vertretung eurer Interessen beraten könnt, wo ihr auch neue Anregung holen könnt. Darum hinein in die Versammlungen. Wer die Versammlungen nicht mehr besucht, der zeigt damit, daß er für die Vertretung seiner Interessen, für die Verbesserung seiner Lage keine Zeit hat, daß er sein eigener Feind ist. Da schwindet dann auch bald der pekuniäre Opfergeist und die Folge ist der Indifferentismus. Kollegen, soweit darf es nicht kommen, wir appellieren an eure Opferfreudigkeit, an euer Solidaritätsgefühl, und rufen euch zu: In Zukunft alle Mann in die Versammlung, nichtorganisierte Kollegen mitgebracht, es liegt in eurem Interesse.

**Offenbach.** Am 24. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Unser Bezirksleiter Kollege Scherer erstattete den Jahresbericht. Es wurden vier öffentliche und 23 Mitgliederversammlungen abgehalten, außerdem fand jeden Monat eine Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung statt. Der Mitgliederbestand war Januar 1905 65, Januar 1906 165. Demnach hatten wir eine Zunahme von 100 Mitgliedern zu verzeichnen. Bemerkenswert aus dem Jahresbericht ist, daß im verfloffenen Jahr hier ein Gewerkschaftsstartell und ein Arbeitersekretariat errichtet worden ist, welche beide schon manches für unsere gerechte Sache geleistet haben. Wie wir aus dem Klassenbericht entnehmen, wurden an die Zentrale 1362,78 Mark abgedankt, in der Zentralkasse befinden sich 283,11 Mark. Die Revisoren stellten dem Kassierer für seine gewissenhafte Buchführung ein gutes Zeugnis aus und es wurde ihm Decharge erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: als erster Vorsitzender Kollege Fernges, als zweiter Kollege Fröh Kramer, Kassierer Kollege Reiser, Schriftführer Kollege Schoppe und als Beisitzer wurde Kollege Schul gewählt. Die Delegierten zum Gewerkschaftsstartell wurden wiedergewählt. Als Vertreter zur Volksversammlung wurde Kollege Scherer gewählt. In Punkt Verbotenes wurde das Verhalten des freien Metallarbeiterverbandes zur Sprache gebracht, der unsere Vertreter in keiner Werkstattversammlung zuläßt. Ein gleiches hat darum auch unsererseits zu erfolgen.

Darum Kollegen, schulen wir uns, durch Studieren des Organs, denn wenn das jeder Kollege eifrig liest, so hat er Material genug, um den Gegnern entgegen treten zu können. Auch sollten sich die Kollegen bemühen, daß sie die Versammlungen besser wie bisher besuchen, denn in jeder Versammlung findet ein lehrreicher Vortrag statt. Helfe ein jeder mit, unserem Verband immer mehr Mitglieder zuzuführen, damit wir den Gegnern ebenbürtig zur Seite stehen. Wenn es uns auch von der anderen Seite schwer gemacht wird, das soll uns nicht einschüchtern, sondern nur stärken, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

**Porzheim.** Am 5. März fand die Wahl der Arbeitervertreter zur nächsten Generalversammlung der Porzheimer Ortskrankenkasse statt. Abgegeben wurden 2124 Stimmen, davon entfielen 1757 auf die freien und 187 auf die christlichen Gewerkschaften, ungültig waren 180 Zettel.

Dieses Resultat ist nicht so überraschend, wenn man bedenkt, daß jetzt Jahren nur Sozialdemokraten gewählt wurden, weil nur sie eine Wahlvorschlagsliste aufstellten. Dies hatte aber zur Folge, daß die Wahlbeteiligung stets eine sehr klauere war. Dieses Mal stellte unser neugegründetes Ortsstartell

auch eine Vorschlagsliste auf. Weil wie da die Gewerkschaften arbeiten. Gemäß ihres Wahlprogramms: Freiheit usw. wurde auch hier gearbeitet. Freiheit ließen sie warten, wo es galt, ihren Vorteil zu sichern. Sie waren so frei, auf dem kurzen und engen Paßstrasse und auf der eben so engen Treppe, neben den 8 christlichen, noch 18 bis 20 „freie“ Wahlzettelverteiler anzupreisen, sie waren so „frei“, den Wählern, namentlich Frauen, aber auch Männern! den Wahlzettel aus der Hand zu nehmen, um zu schauen, ob sie auch den ihrigen haben. Wo das nicht der Fall, waren sie so frei, denselben zu sagen, daß es ein christlicher Pfaffenzettel, oder ein solcher von den christlichen Gewerkschaften wäre. Es wurde auch beobachtet, daß sie so frei waren, mehreren Wählern unsere Zettel abzunehmen und ihnen andere dafür zu geben. Protestierte einer gegen dieses Gebahren, so nahmen sie sich die Freiheit, demselben die schönen Namen Kreuzkämpfe, Dudmäuser, und noch eine beträchtliche Anzahl anderer, unmittelbar Titeln ins Gesicht zu schreiben. Wagte es aber einer von unseren Kollegen, dieses Gebahren zurückzuweisen, so nahmen sie sich die Freiheit, demselben eine Tracht Prügel anzubieten oder kamen mit der Drohung, ihn an die Luft zu befördern. Trotz dieser Schikanen haben wir einen Achtungserfolg errungen, der uns zur weiteren Arbeit anspornen muß.

Diese Freiheitshelden sind ja hier noch in überwiegender Mehrheit, da kann man die zwei anderen Worte ihrer Devise streichen, da sich die Gleichheit zu ihren Gunsten verschoben hat und die Brüderlichkeit haben sie bei dieser Wahl bewiesen.

Auch aber, christliche Arbeiter beider Konfessionen, rufen wir zu: Helft mit, die christlichen Gewerkschaften zu fördern. Am hiesigen Platze ist es besonders der christliche Metallarbeiterverband, der auf eine hohe Mitgliederzahl gebracht werden kann. Ihr Gold- und Silberarbeiter, Fasser, Graveure, Kettenmacher und ihr Arbeiter, die ihr in den anderen Metallbranchen beschäftigt seid, tretet ein in den christlichen Metallarbeiterverband und haltet treu zu demselben, damit wir gefestigt dastehen, wenn es gilt, einzutreten für die Interessen der Arbeiter, sei es bei Wahlen oder bei Lohnbewegungen. Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

**St. Tönis.** Herr von der Linden, Besitzer der hiesigen chemischen Fabrik, macht auch nach bekanntem Muster in Maßregelung und Koalitions-Verbot. Drei Arbeiter hatte derselbe wegen Zugehörigkeit zum christlichen Metallarbeiterverband entlassen.

Indessen die Arbeiter, welche, nebenbei bemerkt, sehr schlecht bezahlt werden, waren anderer Meinung und glaubten, ebenso gut ein Recht auf Vereinigung zu haben wie Herr von der Linden und legten, nachdem ein Einigungsversuch fruchtlos blieb, alle die Arbeit nieder. Mit Maßregelungen werden die Arbeiter in St. Tönis so wenig, wie anderwärts, auf die Dauer von der Organisation ferngehalten werden. Auch die blödesten Arbeiter merken zuletzt, daß nur die Organisation die einzige Hilfe ist, die sie aus der elenden Lage emporheben kann. Also vorwärts gehts trotz allen Schikanen und Maßregelungen.

**Wühl.** Bei der Firma Schmidt und Stein, Eisengießerei, wurden am 26. d. s. sämtliche Arbeiter (Formen) entlassen.

Wegen ihrer Zugehörigkeit zum christlichen Metallarbeiterverband beschimpfte Herr Schmidt die Arbeiter als Lumpen, Spitzbuben, die Christlichen seien schlimmer wie die Sozialdemokraten.

Die Preise für schwere Gußstücke wurden pro Stück, die bei Leichten nach Gewicht bezahlt; demzufolge 3 Formen an einem Tage jeder 1 Mark 20 Pfennige verdienten. Wegen dieser Zustände, sowie der fortwährenden Schimpereien wollten die Arbeiter in den Ausstand treten. Einer sofortigen Arbeitsniederlegung versagte die Bezirksleitung des christlichen Verbandes die Genehmigung, vielmehr wurden die Arbeiter angehalten, die angefangene Arbeit fertig zu stellen. Nachdem Letzteres geschehen, wünschten die Arbeiter Urlaub, um eine Besprechung abhalten zu können. Herr Schmidt verweigerte dies, sein Sohn ging sogar soweit, den Arbeitern gegenüber mit „Niederstehen“ zu drohen. Als trotzdem die Arbeiter zu einer Besprechung ihrer Wünsche zusammentraten, und mittags ihre Arbeit fortsetzen wollten, erhielten dieselben ihre Entlassung.

Sämtliche Arbeiter sind Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes.

### Bezirk Mitteldeutschland.

Wie allen Ortsgruppen des Bezirkes durch Rundschreiben bekannt ist, findet am Sonntag den 1. April unsere gemeinsame Konferenz in Darmstadt statt. Dieselbe beginnt vormittags 11 Uhr pünktlich und wird voraussichtlich bis 6 Uhr abends anhalten. Tagungsort ist das kath. Gesellenhaus in der Friedrichstraße 30, direkt beim Bahnhof. Als Tagesordnung ist vorgesehn: 1. Bericht des Bezirksleiters über seine Tätigkeit und den Stand der Ortsgruppen; 2. Referat des Bezirksleiters; 3. Referat über Taktik und Agitation; 4. Referat über Rassenführung; 5. unsere nächsten Aufgaben im Bezirk. An die einzelnen Punkte wird, soweit notwendig erscheint, eine Diskussion sich anschließen. Es ist Pflicht aller Ortsgruppen des Bezirkes, daß sie auf diese Konferenz durch einen Delegierten vertreten sind. Auch der Verbandsvorsitzende Wieser hat sein Erscheinen zugesagt.

Die Bezirksleitung: Scherer.

### Versammlungs-Kalender.

Kollegen besucht die Versammlungen, werbet Mitglieder für den Verband.

- Darmstadt.** Am 7. April in den Duitpöhlkellen, (Katholisch) Vereinshaus.
- Dachholz-Großenbaum.** Sonntag, den 1. April, nachm. 6 Uhr bei Joh. Kömer.
- Duisburg.** Sonntag, den 1. April bei Meyer, Neuborferstraße. Tagesordnung: Arbeiter und Presse.
- Durlach.** Sonntag, den 8. April, nachm. 3 Uhr im Bahnhof-Hotel, 2. Stock.
- Frankfurt.** Sonntag, den 1. April, morgens 11 Uhr bei Peter Mühlner.
  - 1. Agitationsbezirk Duisburg. Am Sonntag, den 8. April nachmittags 2 1/2 Uhr findet in Dierchau (Rheinland) im Lokale Meier (Inh. Janen) am Nappenmarkt eine Sitzung des Agitationskomitees statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Agitationsleiters; 2. Vortrag; 3. Anträge; 4. Verschiedenes. Anträge wolle man bis längstens den 31. März beim Agitationsleiter Adam Reher, Duisburg, Eisenstraße 24, einreichen.
- Emmerich.** Sonntag, den 1. April, abends 7 Uhr bei Bungard.
- Freiburg.** Samstags jeden Monats, abends 8 1/2 Uhr i. d. Restauration „Zur guten Quelle“, Marktplatz 21.
- Gelsenkirchen-Pulke.** Sonntag, den 1. April, morgens 11 Uhr bei Weischede, Hohenzollernstraße.
- Heilbronn.** Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, abends 8 Uhr in Eckentaler-Hof.
- Hamburg.** Agitationsbezirk „Norden“. Sonntag, den 15. April (1. Osterfest), nachm. findet bei Frau L. Feinestraße 12/13, St. Pauli, eine Bezirkskonferenz statt. Abends 9 Uhr findet ein Festkommers für sämtliche Gewerkschaften am Ostermontag, den 16. April, mittags 12 Uhr Konferenz sämtlicher christlichen Gewerkschaften. Adresse des Bezirksleiters unverändert: Friedr. Seplinski, Altona, Gr. Knoienstraße 10. Frau, 2. Etage.
- Halle.** Sonntag, den 1. April, vorm. 11 Uhr bei Brog.
- Magdeburg.** Am 13. April, nachm. 4 Uhr Bezirksversammlung mit Vortrag im St. Josephshaus.
- Münch.** Sonntag, den 8. April, morgens 11 Uhr bei Ohlig, Oberstraße.
- Siegen.** Sonntag, den 1. April, nachm. 4 Uhr.
- Siegburg.** Sonntag, den 1. April, nachmittags 6 Uhr bei Bwe. 2. loc.
- Schweinfurt.** Samstag, den 31. März im Gasthof zum „Schwan“. Referent Arbeitersekretär Schwarz.
- Sterkrade-Piesfeld.** Sonntag, den 1. April, morgens 11 Uhr öffentliche Versammlung.
- St. Westfälischer Agitationsbezirk.** Am 1. April ist die Adresse des Bezirksleiters: G. Kallastrath, Wadlacher Hof Schramberg t. W.
- Willingen.** Samstag, den 7. April, abends 8 Uhr i. d. St. W.

### Mannheim. Tüchtige Feilenhauer

geucht. (Nohn süddeutscher Tarif). Zu melden bei Philipp Samstag, Mannheim, Rheindammstr. 53.

### Tüchtige Feilenhauer

für dauernde Beschäftigung gesucht. Meldung bei Franz Jochim, Schlosser, Birkenau im Odenwald.

Unsern werten Kollegen und Schriftführer **Georg Gerner** nebst Frau **Käthe Winkler** zu ihrer Vermählung nachträglich die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Neumarkt/Rfa.:

**Fünfte Ausgabe.** Der Metallarbeiter. Hilfs- und Nachschlagebuch für den Arbeiter in. Schloffer

Enthält:

- Größen, Präsen, Drehen, Zeltberechnung zum Drehen größerer Gegenstände auf der Planbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen.
- Kontrollrechen mittels Rechenstab und Support.
- Sämtliche Gewinberechnungen nach Whitworth und Millimeter-Steigung.
- Gewinbertellen für alle vorstehenden Gewinde.
- Konstruieren von Zahnrädern, Präsen derselben, sowie die Spiralfederlei etc.
- Viele Anweisungen.
- 1. Stück 2 M., auch in Vorkosten, per Nachnahme 2,20 M.
- 2. Stück 4 M., 3. Stück 5,00 M., 4. Stück 6 M., 5. Stück 8 M., 6. Stück 10 M.
- bei freier Zusendung, bei 10 Stück ein Freieigenkompl.

Zu beziehen durch **Const. Haas, Köln a. Rh. Lützowstraße 19.**